



PROTOKOLL

DER 2. SITZUNG DES EINWOHNERRATES 2020, 8212 NEUHAUSEN AM RHEINFALL

Datum, Zeit, Ort

Donnerstag, 5. März 2020
in der Rhyfallhalle, Neuhausen am Rheinfall

19.00 – 21.30 Uhr

Präsenz

18 Einwohnerräte (ER): Robert Eichmann (SVP), Peter Fischli (FDP), Peter Gloor (SP), Dr. Urs Hinnen (Grüne Partei Schaffhausen), Herbert-Hirsiger (SVP), Arnold Isliker (SVP), Bernhard Koller (EDU), Andreas Neuenschwander (SVP), Dr. Ernst Schläpfer (parteilos), Adrian Schüpbach (parteilos), Urs Schüpbach (parteilos), Marcel Stettler (CVP), Sabina Tektas Sorg (SP), Thomas Theiler (CVP), Marco Torsello (FDP), Jakob Walter (parteilos), Nil Yilmaz (SP), Isabella Zellweger (SVP)

Gemeindepräsident (GP): Dr. Stephan Rawyler

Gemeinderäte (GR): Ruedi Meier, Dino Tamagni, Christian Di Ronco, Franziska Brenn

Gemeindegemeinschafterin: Janine Rutz

Aktuarin: Sandra Ehrat

Vorsitz

Einwohnerratspräsident Peter Fischli (FDP)

Entschuldigt

ER Nicole Hinder (AL)
ER Markus Anderegg (parteilos)

Protokoll

Das Protokoll der 1. Sitzung vom 16. Januar 2020 ist vom Büro genehmigt und allen Ratsmitgliedern per E-Mail rechtzeitig zugestellt worden. Es liegen keine Beanstandungen vor. Dieses wird genehmigt und der Aktuarin, Sandra Ehrat, verdankt.

Mitteilungen

Nicole Hinder (AL) ist am 6. Februar 2020 Mutter eines gesunden Mädchens geworden. Dazu gratuliere ich ihr und ihrer Familie herzlich und wünsche ihnen schöne gemeinsame Stunden.

Mit E-Mail vom 11. Februar 2020 hat **Dr. Daniel Borer (parteilos) seinen sofortigen Rücktritt aus dem Einwohnerrat** erklärt.

Er schreibt: Lieber Peter, aus privaten Gründen und infolge anstehender beruflicher Veränderungen trete ich per sofort von meinem Amt als Einwohnerrat zurück. Ich bedaure, diesen Schritt machen zu müssen, bin aber mit den anstehenden Veränderungen nicht in der Lage, das Arbeitsvolumen zu bewältigen. Herzlicher Gruss, Dani Borer

An dieser Stelle danke ich Dr. Daniel Borer (parteilos) für sein Engagement im Rat und in diversen Kommissionen.



Sabina Tektas Sorg ist die Kandidatin mit der nächsttieferen Stimmenzahl auf der Liste der SP und hat die Wahl angenommen. Daher begrüsse ich Sie heute herzlich zum ersten Mal in unserer Runde.

Mit Brief vom 25. Februar 2020 hat Gemeindepräsident Dr. Stephan Rawyler seinen Verzicht auf die Wiederwahl nach dieser Legislatur, mithin per Ende 2020, erklärt.

Er schreibt:

Sehr geehrte Damen und Herren

Bereits im Spätsommer 2015, mithin ein Jahr vor der letzten erfolgreichen Wiederwahl 2016, habe ich mich entschlossen, nach 16 Jahren Tätigkeit als Gemeindepräsident (2005 - 2020) und vorgängig weiteren sechseinhalb Jahren als Gemeinderat im Nebenamt (Juli 1998 - 2004) nicht mehr für das Amt des Gemeindepräsidenten in der Amtsperiode 2021 - 2024 zu kandidieren.

Im Sommer 1998 trat ich mein Amt als Gemeinderat an, als die Neuhauser Finanzen sich in einer sehr schwierigen Situation befanden. Bei meiner Wahl zum Gemeindepräsidenten galt es, das Neuhauser Schiffchen entsprechend der damals herrschenden Herausforderungen rasch neu auszurichten. Dank dem grossen Einsatz meiner hoch motivierten und sehr fähigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der langjährigen Unterstützung im Gemeinde- und im Einwohnerrat sowie der immer wieder spürbaren und in Abstimmungs- wie auch Wahlresultaten klar ersichtlichen Unterstützung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger konnte ich in meiner Amtszeit zu Gunsten von Neuhausen am Rheinfall mehr erreichen, als ich mir dies beim Amtsantritt erhofft hatte. Ich danke daher von ganzem Herzen allen, die mit mir in den vergangenen Jahren intensiv und mit Erfolg daran gearbeitet haben, Neuhausen am Rheinfall wieder vorwärts zu bringen und auf die kommenden Jahrzehnte vorzubereiten.

Der Rücktritt fällt mir nicht leicht, habe ich doch mein Amt stets gerne ausgeübt sowie meine Erfahrung und mein Wissen in meine tägliche Arbeit eingebracht. Ich scheidet aber Ende 2020 aus dem Amt in der Gewissheit, dass Neuhausen am Rheinfall bestens gerüstet ist, um in den kommenden Jahren als Lebens-, Wohn- und Arbeitsort attraktiv zu bleiben. Bereits jetzt wünsche ich meiner Nachfolgerin oder meinem Nachfolger viel Glück und Neuhausen am Rheinfall alles Gute. Freundliche Grüsse, Dr. Stephan Rawyler.

Da uns der Gemeindepräsident noch bis Ende Jahr erhalten bleibt, werde ich ihm erst zu einem späteren Zeitpunkt sein Engagement für die Gemeinde verdanken.

Sollten wir heute alle Geschäfte auf der Traktandenliste erledigen, behalte ich mir vor, den Reservetermin vom 2. April nicht in Anspruch zu nehmen, da die Teilrevision der Bauordnung und das Postulat von Marcel Stettler (CVP) betreffend die Geldbezugsautomaten nicht zeitsensitiv sind. Damit würde die nächste Sitzung am 14. Mai 2020 stattfinden. An dieser würden wir auch die neue Aktuarin oder den neuen Aktuar wählen. Sie werden dazu vom Büro rechtzeitig eine entsprechende Vorlage mit einem Wahlvorschlag erhalten. Meinen definitiven Entscheid über das nächste Sitzungsdatum werde ich Ihnen am Ende der heutigen Sitzung mitteilen.

Unsere jetzige **Aktuarin Sandra Ehrat**, die auch noch das heutige Protokoll verfassen wird, werde ich ebenfalls am Ende der Sitzung **offiziell verabschieden**.



Traktandenliste

1. **Bericht zur Kenntnisnahme** betreffend Vereinbarung Grundeigentümerbeiträge "Posthof Süd".
2. **Postulat Nr. 2019/3 von Robert Eichmann (SVP)** vom 20. Dezember 2019 betreffend Schaffung einer Schlichtstelle für das Gemeindepersonal (Ombudsstelle).
3. **Postulat Nr. 2020/1 von Arnold Isliker (SVP, Erstunterzeichner) und Urs Schüpbach (parteilos)** vom 16. Januar 2020 betreffend Verbesserung der Velosituation in und um Neuhausen.
4. **Postulat Nr. 2020/2 von Bernhard Koller (EDU)** vom 16. Januar 2020 betreffend Optimierung der Lichtsignalanlagen-Steuerung

Die Traktandenliste wird genehmigt.

Neueingänge seit der letzten Sitzung vom 16. Januar 2020

1. **Postulat Nr. 2020/1 von Arnold Isliker (SVP, Erstunterzeichner) und Urs Schüpbach (parteilos)** vom 16. Januar 2020 betreffend Verbesserung der Velosituation in und um Neuhausen.
2. **Postulat Nr. 2020/2 von Bernhard Koller (EDU)** vom 16. Januar 2020 betreffend Optimierung der Lichtsignalanlagen-Steuerung.
3. **Kleine Anfrage Nr. 2020/1 von Peter Fischli (FDP)** vom 18. Januar 2020 in Sachen Verkehr.
4. **Beantwortung der Kleinen Anfrage Nr. 2019/10 von Urs Schüpbach (parteilos)** vom 26. August 2019 in Sachen Bushaltestelle Alusuisse.
5. **Kleine Anfrage Nr. 2020/2 von Jakob Walter (SP-Fraktion)** vom 28. Januar 2020 in Sachen Erdgas.
6. **Bericht zur Kenntnisnahme** betreffend Vereinbarung Grundeigentümerbeiträge «Posthof Süd».
7. **Kleine Anfrage Nr. 2020/3 von Urs Hinnen (Grüne)** vom 12. Februar 2020 zum Posthof Süd.
8. **Kleine Anfrage Nr. 2020/4 von Marcel Stettler (CVP)** vom 18. Februar 2020 betreffend Geldbezugsautomaten.
9. **Beantwortung der Kleinen Anfrage Nr. 2020/1 von Peter Fischli (FDP)** vom 18. Januar 2020 in Sachen Verkehr.
10. **Beantwortung der Kleinen Anfrage Nr. 2020/3 von Urs Hinnen (Grüne)** vom 12. Februar 2020 zum Posthof Süd (Fragen 1 - 5).
11. **Beantwortung der Kleinen Anfrage Nr. 2020/3 von Urs Hinnen (Grüne)** vom 12. Februar 2020 zum Posthof Süd (Frage 6).
12. **Beantwortung der Kleinen Anfrage Nr. 2020/4 von Marcel Stettler (CVP)** vom 18. Februar 2020 betreffend Geldbezugsautomaten.
13. **Postulat Nr. 2020/3 von Marcel Stettler (CVP)** vom 28. Februar 2020 betreffend Verbesserung der Situation Geldbezugsautomaten.
14. **Bericht und Antrag** betreffend Teilrevision der Bauordnung vom 1. September 1988 (BauO; NRB 700.100); Art. 51 und 77 BauO.



Übrige beim Einwohnerrat liegende Geschäfte

1. **Bericht und Antrag** betreffend Nutzungsvarianten Burgunwiese (Beantwortung Postulat Nr. 2018/3 von Einwohnerrat Markus Anderegg vom 30. Juni 2018)
Einsetzung einer 7er Kommission an der ER-Sitzung vom 16. Januar 2020.

Erheblich erklärte und noch nicht erledigte Motionen und Postulate

1. **Postulat von Felix Tenger (FDP)** vom 16. November 2012 betreffend Verbesserung der Verkehrssituation Kreuzstrasse für Velofahrer. (Fristerstreckung)
An der ER-Sitzung vom 13.12.2012 erheblich erklärt.
 1. Fristerstreckung an der ER-Sitzung vom 12.12.2013 bis 31.12.2015 beschlossen.
 2. Fristerstreckung an der ER-Sitzung vom 10.12.2015 bis 31.12.2019 beschlossen.
 3. Fristerstreckung an der ER-Sitzung vom 26.09.2019 bis 31.12.2021 beschlossen.
2. **Postulat Nr. 2018/4 von Urs Hinnen (Grüne Schaffhausen)** vom 21. August 2018 betreffend Vertiefungsplanung für eine sichere und attraktive Veloroute zum Rheinfallbecken unverzüglich an die Hand nehmen.
An der ER-Sitzung vom 04.04.2019 erheblich erklärt.

Pendente Kleine Anfragen

1. **Kleine Anfrage Nr. 2019/9 von Marcel Stettler (CVP)** vom 31. Juli 2019 betreffend verkehrstechnisch umherirrende Touristen, Cars und Lastwagenfahrer.
2. **Kleine Anfrage Nr. 2019/15 von Thomas Theiler (CVP)** vom 20. Dezember 2019 mit dem Titel: Strukturen der Technischen Betriebe Neuhausen.
3. **Kleine Anfrage Nr. 2020/2 von Jakob Walter (SP-Fraktion)** vom 28. Januar 2020 in Sachen Erdgas.
4. **Kleine Anfrage Nr. 2020/3 von Urs Hinnen (Grüne)** vom 12. Februar 2020 zum Posthof Süd.
5. **Kleine Anfrage Nr. 2020/4 von Marcel Stettler (CVP)** vom 18. Februar 2020 betreffend Geldbezugsautomaten.



TRAKTANDUM 1 Bericht zur Kenntnisnahme betreffend Vereinbarung Grundeigentümerbeiträge "Posthof Süd")

ER-Präsident Peter Fischli (FDP)

ER Dr. Ernst Schläpfer (parteilos), Präsident der Verwaltungskommission der Kantonalen Pensionskasse (PKSH), wird gefragt, ob er in den Ausstand treten will.

ER Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)

Nein, warum?

ER-Präsident Peter Fischli (FDP)

Anmerkung: Aus dem Einwohnerrat gibt es keine Einwände gegen den Verbleib von ER Dr. Ernst Schläpfer (parteilos) bei der Behandlung dieses Traktandums im Rat.

Zuständiger Gemeinderat ist der Baureferent Dr. Stephan Rawyler. Wünscht zuerst der zuständige Baureferent das Wort zum Eintreten? Das ist nicht der Fall, somit ist das Wort zum Eintreten frei.

EINTRETENSDEBATTE

ER Thomas Theiler (parteilos)

Ich sage es gerne nochmal, dieser Deal mit der Kantonalen Pensionskasse zur Abgeltung der Grundeigentümerbeiträge und vor allem die Mehrwertabgabe bei der Überbauung Posthof Süd, sind absolut inakzeptabel. Es ist mir bewusst, dass man was folgt, so nicht rechnen kann, aber es gibt uns die Möglichkeit zum Vergleich, was diese 120'000 Franken zu den Baukosten von gut 30 Mio. Franken sind, nämlich 0.4% der Bausumme.

Es ist anzunehmen, dass von diesen 30 Mio. Franken 5 Mio. Franken als Mehrwert betrachtet werden kann, somit sind mit diesen 120'000 Franken gerade mal 2.4% eines Mehrwerts abgegolten. Das ist einfach lächerlich. 500'000 Franken wäre das Mindeste gewesen, das wären dann 10% gewesen. Die Kantonale Pensionskasse kann sich dann immer noch an 90% Mehrwert erfreuen. Einmal mehr entgehen der Gemeinde namhafte Beiträge auf Kosten der Steuerzahler.

Einige von Ihnen werden jetzt sicher denken, typisch Theiler, kommt mit einer Milchbüchlirechnung daher. Ich möchte Ihnen, falls sie es selber nicht gemerkt haben gerne sagen, wie die Gemeinde gerechnet hat.

In der Beantwortung der Kleinen Anfrage von Urs Hinnen (Grüne Partei Schaffhausen) zum "Posthof Süd", steht auf Seite 2, Frage 4, dass der Mehrwert ohne Gutachten schwer abschätzbar sei. Das heisst auf Deutsch, die Gemeinde weiss es selber nicht. Obwohl schon länger bekannt ist, dass überall hoch und gross gebaut wird, hat es der Gemeinderat nie für nötig befunden, den tatsächlichen Mehrwert dieser Bauten abzuklären.

Geiz ist geil in diesem Gemeinderat. Anstatt Profis ranzulassen, kann man das ja auch selber intern berechnen und gleichzeitig schauen, dass das Beitragsband auch ja nicht zu breit wird. Wie absurd diese Berechnungen sind, zeigt der Umstand, dass der Pensionskasse, den deutlich höheren



Landpreis, wie es Baureferent Rawyler nennt, der dazumal der Investor bezahlt hat, wieder zurück verrechnet wurde.

Das bedeutet ganz einfach, dass der Gewinn, den die Gemeinde damals durch die ganze Immobilienhysterie beim Landverkauf erzielt hat, wieder an den Investor zurückgegeben wird. Gleichzeitig kann ich mich an einen Zeitungsartikel erinnern, in dem der zuständige Architekt frohlockte, dass er in Zürich oder Winterthur an gleicher Lage, 2'000 Franken bis 3'000 Franken pro m² bezahlen müsste, und hier in Neuhausen sind es nicht einmal 1'000 Franken.

Auch die mit dem Geld geplanten Massnahmen sehen eher so aus, als sei einem grad nichts Besseres in den Sinn gekommen. Auf der Marktgasse die Einbahnstrasse umzukehren, ein paar Bäumchen zu pflanzen und neue Strassenlaternen zu montieren, kann es wohl nicht sein. Die Sammelstrasse Süd würde viel mehr Sinn machen.

ER Urs Hinnen (Grüne Partei Schaffhausen)

Ich bedanke mich für die Beantwortung der Kleinen Anfrage. Ich denke schon, dass diese Kompensation in einem sehr tiefen Bereich stattgefunden hat. Das wird auch von Fachleuten so beurteilt. Man wird schon den Eindruck nicht los, dass hier eine Befangenheit des Gemeindepräsidenten eine gewisse Rolle gespielt hat. Unserer Ansicht nach ist es nicht ausreichend, nur in den Ausstand zu treten. Hier müsste man wirklich eine Möglichkeit finden. Es ist nach wie vor unsere Meinung, dass das hier wirklich nicht optimal ist und die Gemeinde nicht zu den wirklichen Erträgen gekommen ist, die allenfalls möglich gewesen wären.

ER Marco Torsello (FDP)

Es handelt sich um einen Bericht zur Kenntnisnahme. Ändern können wir hier nicht viel. Wir haben das an unserer Fraktionssitzung besprochen. Wir können uns mit den Ausführungen im Bericht zur Kenntnisnahme gut arrangieren. Es ist klar, dass dies nicht unbedingt überall gut ankommt. Was wir noch als positiv anmerken möchten, ist, dass endlich etwas von Schaffhausen nach Neuhausen am Rheinfall kommt, die Röntgenabteilung vom Kantonsspital. Das finden wir sehr erfreulich.

ER Arnold Isliker (SVP)

Ich finde diese Aussagen schon sonderbar. Wir wollen eine prosperierende Gemeinde sein, wir wollen Neuzuzüger, wir wollen attraktiven Wohnraum schaffen. Wenn wir Mehrwertsteuerbeiträge in absoluter Höhe einfordern wollen oder Grundstückspreise von 3'000 Franken bis 4'000 Franken wie erwähnt in Zürich, dann wird sich das alles auf die Mietzinse niederschlagen. Irgendwo muss die Rendite wieder vorhanden sein. Wenn die Mietzinse in absolute Höhen steigen, die nicht mehr marktgerecht und marktkonform für diese Gegend sind, dann werden wir auch Mühe haben, Neuzuzüger für Neuhausen am Rheinfall zu finden. Mich dünkt, wir sind eine gut aufgestellte Gemeinde und es kann nicht sein, dass wir auf der anderen Seite Geld auf Teufel komm raus reinholen oder Grundstückspreise in unbezahlbaren Höhen generiert. Dann bin ich nicht der Meinung, dass dies der richtige Weg ist.

Wir sollten, dem was wir jetzt haben, Sorge tragen und schauen, dass wir entsprechende Mieter und Mieterinnen nach Neuhausen am Rheinfall holen können.



ER Marcel Stettler (CVP)

Auch die Fraktion der CVP hat diesen Bericht zur Kenntnis genommen und wird diesen auch heute Abend zur Kenntnis nehmen. Ich schliesse mich mehrheitlich den Voten meines Vorredners Marco Torsello (FDP) an. Auch wir finden den Betrag nicht unbedingt sehr hoch, vielleicht wäre wirklich mehr drin gewesen. Ändern können wir sicherlich nichts. Was wir sicher begrüßen, dass wir mehr modernen Wohnraum haben und der wird so geschaffen. Die Fraktion der CVP, sicher meinerseits, nimmt diesen Bericht zur Kenntnis.

Gemeindepräsident Dr. Stephan Rawyler

Ich danke Ihnen für Ihre überwiegend positiven Ausführungen. Es ist richtig, was die FDP gesagt hat. Es ist tatsächlich erfreulich, dass die Röntgenabteilung des Kantonsspitals nach Neuhausen am Rheinfall kommt. Ich glaube das ist sehr gut. Man sieht das auch bei anderen grossen Spitälern, dass sie Abteilungen in Aussenstellen haben. Hier hat bestimmt die gute verkehrsmässige Erschliessung mit dem ÖV dazu geführt, dass sich das Kantonsspital dazu entscheiden hat, diese Röntgenabteilung nach Neuhausen am Rheinfall zu bringen.

Ich stimme Einwohnerrat Arnold Isliker (SVP) zu, dass es tatsächlich so ist, je höher die Grundstückspreise sind, desto höher sind am Schluss die Mieten. Das ist das kleine Einmaleins. Wer das nicht glauben will, der muss nicht überrascht sein, wenn plötzlich Mietzinsen in Neuhausen am Rheinfall verlangt werden, die wir bis jetzt noch nie gesehen haben. Ich war bis jetzt der Ansicht, dass 1'000 Franken ein stattlicher Betrag sei. Wir sind nicht Zürich und auch nicht Winterthur. Man darf auch nicht vergessen, dass es einige Jahre her ist, dass diese Landverkäufe über die Bühne gingen. Seither haben sich die Immobilienpreise natürlich stark entwickelt, das ist unbestritten, aber dass man in Neuhausen am Rheinfall 3'000 Franken verlangen könnte, ist fraglich. Aber ich lasse mich gerne eines Besseren belehren.

Zurückweisen mit Nachdruck muss ich einmal mehr den Vorwurf, ich sei befangen gewesen. Ich weiss nicht, wieso Einwohnerrat Urs Hinnen (Grüne Partei Schaffhausen) das erneut sagt. Der Gemeinderat hat klar gesagt, es sei keine Befangenheit. Man kann das auch abermals wiederholen. Irgendjemand in der Gemeinde glaubt es dann vermutlich irgendwann. Das ist einfach nicht so. Ich werde sogar jeweils in der Liegenschaften Kommission der Pensionskasse angegriffen, ich würde meinen Ausstand zu schnell nehmen. Nein, ich kenne meinen Einwohnerrat und ich wusste genau, weshalb ich den Ausstand immer wieder genommen habe. Ich werde nicht über Neuhauser Geschäfte informiert und auch hier habe ich eine Delegation vom Gemeinderat beigezogen, nicht weil ich zu tief war mit meiner Forderung gegenüber der Pensionskasse, sondern weil ich zu hoch war. Wir fanden keine Einigung, weil ich zu hoch war und nicht, weil ich zu tief war. Im Gemeinderat waren wir uns schon einig, aber mit der Pensionskasse waren wir uns nicht einig.

Spannend fand ich die Ausführungen von Einwohnerrat Thomas Theiler (CVP). Er sagt, wir hätten eine absurde Berechnung gemacht, aber wirklich nachvollziehbar, wie er seine Rechnung gemacht hat, ist mir entgangen. Er hat in keiner Weise berücksichtigt, dass die gesetzliche Grundlage damals nicht so stark war, wie wir sie mit dem Mehrwertabgabegesetz und der Mehrwertabgabeverordnung haben. Hier ging es um Sachverhalte vor in Kraft treten dieser Rechtsnormen. Damit sind weder das Mehrwertabgabegesetz noch die Mehrwertabgabeverordnung massgebend oder anwendbar.

Wenn man das anschaut, was wir hier jetzt erzielt haben, dann trifft die Bemerkungen wirklich zu, dass wir am unteren Ende der Skala sind, was wir im Gemeinderat noch als vertretbar anschauen konnten. Ich darf aber daran erinnern, dass der Rechtsvertreter der Pensionskasse Schaffhausen, ein sehr renommierter Anwalt, der Ansicht war, der Betrag null Franken sei angemessen. Statt dem



Gemeinderat Prügel auszuteilen hätte man sich überlegen können, ob es gar nicht so ein schlechtes Ergebnis ist. Wir bekommen etwas und wenn Sie sich schlau machen, dann bitte ich Sie die Gemeinden und Städten aufzuzählen, die in einer vergleichbaren Situation solche Beiträge erzielt haben. Mir kommt momentan keine Gemeinde oder Stadt in den Sinn, die solche Beiträge erzielt hat. Deshalb haben wir vermutlich nicht so schlecht verhandelt. Es war eine intensive Phase mit der Pensionskasse Schaffhausen. Wir sind aber zu einer gütlichen Einigung gekommen. Ich glaube das ist für die Gemeinde etwas wert, für die Pensionskasse Schaffhausen etwas wert und auch für den Standort Neuhausen am Rheinfall. Ich glaube wir müssen kein negatives Standortmarketing machen, indem wir zum Beispiel Neuhausen am Rheinfall als Blinddarm bezeichnen, wie das Einwohnerrat Thomas Theiler (parteilos) gemacht hat. Wer will denn schon in einem Blinddarm wohnen? Nein, wir wollen in einer prosperierenden attraktiven Gemeinde wohnen. Ich denke da haben Sie alle in den letzten Jahren Ihren Beitrag geleistet. Besten Dank.

ER-Präsident Peter Fischli (FDP)

Ein Antrag auf Nichteintreten ist nicht gestellt worden. Eintreten ist somit beschlossen. Damit kommen wir zur Detailberatung. Ich rufe dazu die einzelnen Seiten des Berichts auf.

KEINE DETAILBERATUNG

ER-Präsident Peter Fischli (FDP)

Wird das Wort zur Beilage gewünscht? Wird Rückkommen verlangt? Das ist nicht der Fall. Damit haben Sie den Bericht betreffend Vereinbarung Grundeigentümerbeiträge Posthof Süd zur Kenntnis genommen.

Antrag:

Die Vereinbarung vom 28. Januar 2020/3. Februar 2020 mit der Pensionskasse Schaffhausen, Schwertstrasse 6, 8200 Schaffhausen betreffend Mehrwert- und Grundeigentümerbeiträge wird zur Kenntnis genommen.

Der Bericht wird vom Einwohnerrat zur Kenntnis genommen.

Das Geschäft ist somit erledigt.



**TRAKTANDUM 2 Postulat Nr. 2019/3 von Robert Eichmann (SVP) vom 20. Dezember 2019
betreffend Schaffung einer Schlichtstelle für das Gemeindepersonal
(Ombudsstelle)**

ER-Präsident Peter Fischli (FDP)

Ich frage Robert Eichmann (SVP), ob er zur schriftlichen Begründung des Postulates Ergänzungen anbringen möchte.

BEGRÜNDUNGER Robert Eichmann (SVP)

Sie haben mein Postulat sicher alle gelesen. Sie sehen meinen Vorschlag. Über einen Vorschlag kann man immer diskutieren. Im Nachhinein habe ich mir noch ein paar Gedanken gemacht.

Was suchen wir eigentlich?

Eine Person, besser eine Persönlichkeit, die in erster Linie vermitteln können muss. Erfahrungen als Vermittler mitbringt. Zu der die Mitarbeiter Vertrauen haben können und ihnen zugesichert wird, anonym zu bleiben. Ob diese Person beispielsweise aus der Personalkommission oder extern kommt, wird der Gemeinderat zu prüfen haben.

Aus meiner Sicht wäre ein ehemaliger Friedensrichter ideal. Der ist in keiner Weise von der Gemeinde abhängig. Ein wichtiger Punkt.

Wann tritt der Vermittler auf?

Wenn der "Überdruck aus dem Kessel" einer Konfliktsituation herausgelassen werden muss. Es geht schlicht und einfach darum, Probleme zu lösen bevor es zur Eskalation kommt.

Damit ist den Mitarbeitern aber auch der Gemeinde als Arbeitgeber am besten gedient. Denn Frustrationen von Personen wirken sich auf die Arbeitsleistung und Arbeitsmoral aus.

Was können die Gründe für Unstimmigkeiten sein?

- Konflikte zwischen Mitarbeitern untereinander
 - Wer geht wann in die Ferien?
 - Streitigkeiten am Arbeitsplatz. Man kann "sich gegenseitig nicht schmecken".
- Der Mitarbeiter fühlt sich vom Vorgesetzten benachteiligt ("ich muss immer die Drecksarbeit tun")
- Mobbing, ob wahr oder auch nur so empfunden
- und anderes mehr.

Sie wissen, der Dienstweg ist immer einzuhalten. Aber wer getraut sich das immer? Der Mitarbeiter befürchtet mögliche Nachteile. Ein Vermittler kann helfen.

Wir haben die Möglichkeiten so etwas zu schaffen und ich bitte Sie, dieses Postulat zu überweisen.



STELLUNGNAHME

ER-Präsident Peter Fischli (FDP)

Das Wort zur Stellungnahme des Gemeinderats hat Gemeindepräsident Dr. Stephan Rawyler.

Gemeindepräsident Dr. Stephan Rawyler

Der Gemeinderat beantragt Ihnen dieses Postulat nicht erheblich zu erklären.

Wenn man sich über die vergangenen Jahre Rechenschaft gibt, ob es viele Konflikte gegeben hat in der Gemeinde beziehungsweise in der Gemeindeverwaltung, dann muss man ehrlich sein und sagen, natürlich gab es die eine oder andere Spannung. Es gab immer wieder ein nötiges Gespräch zur Klärung. Was wir aber letztes Jahr erlebten, war natürlich vor allem die Kombination eines Konflikts, der in diesen Saal getragen wurde und damit der Öffentlichkeit präsentiert wurde und damit allen Konfliktsbeseitigungslehren widersprach.

Der Postulant selbst hat darauf hingewiesen, dass man grundsätzlich zuerst den Dienstweg einhalten soll. Wir sind wirklich nicht mehr so viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung. Es sind noch rund 80 Personen. Das ist eine überschaubare Zahl. Der ganz grosse Teil unserer Angestellten ist ja in die selbständig öffentlich-rechtliche Anstalt gegangen und dort gelten die eigenen Regeln, die wir nicht direkt beeinflussen können. Wenn ein Konflikt zwischen den Mitarbeitern besteht, so wie es Einwohnerrat Robert Eichmann (SVP) beschrieben hat, dann erwarten wir selbstverständlich, dass der Dienstweg eingehalten wird. Dann soll man mit dem Vorgesetzten oder der Vorgesetzten sprechen, schauen wie das aussieht und geht das dann nicht weiter, dann kann man an die nächste Instanz gehen. Sehr schnell wäre das dann mein Büro. Dort ist die Türe wirklich offen. Es gibt wirklich keine Nachteile, wenn man zu uns kommt, das wissen unsere Angestellten. Man kann zu jedem Referenten und zu mir kommen. Man kann zur Gemeindeschreiberin gehen und dann ist es auf der richtigen Ebene innerhalb der Verwaltung. Das wäre der Dienstweg.

Dieser wurde leider bei diesem Konflikt, der in die Öffentlichkeit getragen wurde, nicht eingehalten. Ich selbst habe davon erst ganz am Schluss erfahren. Nicht direkt von den Betroffenen, sondern vom zuständigen Referenten. Gibt es einen Konflikt mit einer Vorgesetzten oder einem Vorgesetzten, dann kann man eine Stufe überhüpfen und dann ist man wieder sehr schnell beim Gemeinderat.

Wenn das nicht genügt, dann gibt es noch den Personalverband. Dort sind erfahrene Kräfte im Vorstand, die wissen, wie mit dem Gemeinderat zu sprechen ist. Die nächste Stufe, wenn das auch nicht reicht, ist die Personalkommission. Die ist gleich von Arbeitgeberseite und Arbeitnehmerseite bestellt. Noch nie wurde in diesem Gremium in dieser Richtung etwas besprochen. Sie sehen also, die Konflikte sind wirklich sehr gering an der Zahl. Wir dürfen jetzt nicht in eine Panik und einen Aktivismus geraten, weil wir gesehen haben, dass letztes Jahr tatsächlich bei zwei Stellen ernsthafte Probleme aufgetreten sind.

Was sind die Möglichkeiten? Wir haben letztes Jahr bewusst eine externe Stelle eingeschaltet und das scheint uns auch richtig zu sein. Damit ist die Neutralität, die auch der Postulant heute hervorgebracht hat, eingehalten. Das kostet etwas. Der Vorschlag, den er macht, ist nach meiner Beurteilung kaum mit dem Gemeindegesetz vereinbar, aber er hat ja betont, dass es sich um einen



Vorschlag handelt, deshalb gehe ich auf diesen nicht mehr näher ein. So könnte man das kaum machen.

Die alten Friedensrichter sind nicht mehr so zahlreich gesät, seit das Friedensrichteramt zentralisiert wurde. Es gibt nur noch in der Stadt Schaffhausen ein Friedensrichteramt. Die Alt-Friedensrichter werden älter und älter und sind nicht die richtigen Personen.

Wir haben uns auch erkundigt, was diverse Kommunen und private Firmen haben. Diese haben eine institutionelle Stelle, bei der man sich melden könnte, wenn Probleme auftauchen. Wir haben hierzu bei der Firma Movis eine Offerte eingeholt. Diese ist in dieser Funktion tätig für die Stadt Schaffhausen und auch für den Kanton. Meines Wissens auch für den Kantonsspital.

Diese offeriert zwei Möglichkeiten. Das "Generalabonnement" würde 7'500 Franken kosten pro Jahr, ob etwas passiert oder nicht. Wenn ich die letzten 20 Jahre anschau, dann muss ich sagen, das hätten wir – zum Glück – nie herausgeholt. Dann gibt es noch das "Halbtaxabonnement". Das kostet nur 1'500 Franken pro Jahr und führt dann zu einem tieferen Beratungsstundensatz von 190 Franken pro Stunde. Aber auch hier muss ich sagen, ist die Mehrheit des Gemeinderats der Ansicht, dass dies nicht erforderlich ist. Eine Minderheit des Gemeinderats würde sich mit dieser Variante anfreunden, damit nach aussen hin klar ist, wohin man sich melden kann.

Der Gemeinderat ist in seiner Mehrheit aber der Ansicht, dass, wenn wieder ein Fall auftauchen sollte, dass wir dann lieber fallbezogen eine Firma wie die Movis AG beiziehen sollten. Dann haben wir die Möglichkeit eigentlich fallgerecht der Dynamik und der Bedeutung des Falls entsprechend zu handeln. Wir sind daher der Ansicht, dass das System, wie wir es bis jetzt haben, mit der Einhaltung des Dienstwegs, für uns der richtige Weg ist. Wenn es eine gewisse Dynamik oder Bedeutung hat, dann wollen, müssen und sind wir auch bereit, die Firma Movis oder ein ähnliches Unternehmen beizuziehen. Dann haben wir den Vorteil, dass wir auch von aussen hin gespiegelt werden. Die Aussensicht ist doch manchmal anders als die Innensicht. Das ist allgemein bekannt. Wir glauben, dass das die kostengünstigere Lösung ist, für ein Problem, das glücklicherweise in den vergangenen Jahrzehnten sehr sehr selten aufgetreten ist.

Was auch ein Indiz ist für die Zufriedenheit unserer Mitarbeitenden, ist die sehr tiefe Fluktuation, die wir haben. Natürlich suchen wir immer wieder Leute, aber auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden älter und pensioniert. Wir haben sehr wenig Leute, die nach kurzer Zeit weggehen. Vor allem habe ich nie in einem Austrittsgespräch gehört, man habe eine unzufriedene Situation bei der Gemeinde Neuhausen am Rheinflall vorgefunden. Wenn jemand weg ging, dann war sehr häufig der Fall, dass der grosse Kanton jenseits des Rheins mit seinem anderen Lohnniveau einfach ein zu grosses Verlockungsangebot war. So dass man das Pendeln in Kauf nimmt und dafür ein deutlich höheres Einkommen hat.

Lange Rede kurzer Sinn. Der Gemeinderat ist der Ansicht, das Postulat nicht zu überweisen. Die Mehrheit des Gemeinderats ist der Ansicht, wir sind mit dem bestehenden System über die letzten Jahrzehnte gut gefahren. Wir können das so weitermachen. Eine Minderheit ist der Ansicht, wir sollten eine offizielle Stelle bezeichnen, eben mit diesem "Halbtaxabonnement". Das wären diese 1'500 Franken und dann ein leicht reduzierter Stundensatz.

In diesem Sinne bitte ich Sie, dieses Postulat für nicht erheblich zu erklären. Besten Dank.



DISKUSSION

ER Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)

Im Namen unserer Fraktion nehme ich zu Deinem Postulat zusammenfassend wie folgt Stellung:

Die Idee, die hinter Deinem Postulat steckt, finden wir überdenkenswert. Wir werden Dein Postulat in der vorgelegten Form trotzdem ablehnen, nicht, weil die Idee aus der falschen politischen Ecke kommt, sondern weil die Details der von Dir vorgeschlagene Umsetzung aus unserer Sicht wenig Sinn macht oder sogar dazu führen könnte, dass sich die Probleme verschärfen.

Wie Du erwähnt hast, ist eine solche Schlichtungsstelle heute in vielen grösseren Unternehmen der Privatwirtschaft üblich. Wir sind überzeugt davon, dass es auch in einem grösseren öffentlichen Unternehmen, wie es eine Gemeindeverwaltung ist, in der heutigen Zeit, in der vielerorts sofort nach Juristen gerufen wird, eine vertrauliche Ombudsperson einiges regeln könnte, bevor es zum offenen Streit oder gar einer gerichtlichen Auseinandersetzung kommt. Viele öffentliche Unternehmen wie zum Beispiel das Spital, der Kanton und die Stadt Schaffhausen oder auch die Kantonsschule oder das BBZ Schaffhausen haben Personen bestimmt, an die sich Mitarbeitende, wie auch Patienten, Bewohner oder Lernende wenden können. Wenn da also die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall nachzieht, dann wäre das einfach nur zeitgemäss.

Aus meiner persönlichen Sicht und Erfahrung muss aber die Schaffung einer Schlichtungsstelle ein paar Grundsätze erfüllen, damit sie denn auch wirklich einigermaßen sinnvoll wirken kann.

Ich würde ich zum Beispiel eher folgendes vorschlagen:

1. Es sollte nicht eine Person sein, sondern zwei, eine Frau und ein Mann.
2. Es ist von Vorteil, wenn eine dieser beiden Personen aus der Verwaltung selber kommt, die zweite aber von ausserhalb der Verwaltung. Die Person aus der Verwaltung könnte zum Beispiel aus dem Personalrat kommen, oder auch eine anerkannte andere Person aus der Verwaltung sein, wobei sie sinnvollerweise nicht aus der obersten Verwaltungsetage kommt. Aus meiner Erfahrung wäre es sehr sinnvoll, wenn auch die verwaltungsfremde Person, die Neuhauser Verhältnisse bestens kennt und selber zumindest in Neuhausen gut bekannt ist.
3. Die beiden Personen müssen das Vertrauen vieler haben, von unten wie auch von oben, aber auch vor allem vertraulich handeln, eine entsprechende fachliche Ausbildung ist aus meiner Sicht sekundär. Sie geben keine Auskunft mit wem über was gesprochen wurde, sondern geben ausschliesslich Rechenschaft darüber, wie viele Stunden sie tätig waren.
4. Hauptaufgabe dieser Personen ist das Zuhören, um das Problem einzuschätzen sowie das Kreieren eines möglichen Lösungswegs. Ein solches, vertrauliches Gespräch beginnt also mit einer Problemerkennung, was bewegt den Ratsuchenden eigentlich. Anschliessend beraten oder empfehlen sie der Person, wie es weitergehen könnte. Das kann das Einschalten einer anderen Amtsstelle, die Meldung an Vorgesetzte oder einfach auch eine Mediation zwischen Parteien sein.
5. Sinnvollerweise erfüllen die Personen also so etwas wie eine Friedensrichterfunktion, sie vermitteln. Ziel muss es immer sein, das Problem im Gespräch zu lösen, eben bevor es zur Eskalation kommt.



6. Auf keinen Fall dürfen diese Personen Weisungsrecht haben, das ist eben den Vorgesetzten oder notfalls dem Gericht vorbehalten. Ein Weisungsrecht bringt in einem Schlichtungsversuch nur die nächsten Probleme statt einer angestrebten einvernehmlichen Lösung.

Wir würden es deshalb sinnvoller finden, wenn an den Gemeinderat ein Postulat überwiesen wird, das ihn einfach beauftragt, die Schaffung einer Schlichtungsstelle zu prüfen und uns baldmöglichst einen entsprechenden Bericht zu unterbreiten. Der Gemeinderat soll dabei die Rahmenbedingungen so vorschlagen, wie sie aus seiner Sicht die sinnvollsten und nicht die allzu teuersten sind. Notfalls, lieber Röbi, helfen wir beide ja dem Gemeinderat sicherlich gerne, einen möglichst zielführenden Rahmen zu finden.

Wir schlagen Dir deshalb vor, Dein Postulat entsprechend abzuändern, dann könnten wir wohl auch zustimmen. Wie gesagt, mit dem von Dir gesetzten, aus unserer Sicht viel zu engem Rahmen, müssen wir das Postulat ablehnen.

ER Marco Torsello (FDP)

Ernst Schläpfer (parteilos) hat es vorhin gesagt, die Schaffung einer Schlichtungsstelle könnte sogar die Probleme noch verschärfen oder heraufbeschwören. Als Sekundarlehrer und Vorsteher in den Städtischen Schulen Schaffhausen erlebe ich immer wieder, dass es wichtiger ist, den Dienstweg einzuhalten und dass dieser Dienstweg allen bekannt ist. So kann man viel besser deeskalieren als mit einer solchen Schlichtungsstelle. Ich bin Vorsteher in der Sekundarschule Buchthalen. Wenn Eltern irgendwie ein Problem haben mit einer Lehrperson, dann wäre der Dienstweg wie folgt: Fachlehrperson, Klassenlehrperson, dann der Vorsteher, dann das Schulbehördenmitglied und dann der Schulpräsident. Es kommt drei- bis viermal pro Jahr vor, dass ich ein Telefonanruf beziehungsweise ein E-Mail erhalten, was alles schlief läuft. Ich höre zu und dann ist meine erste Frage, ob das der betroffenen Lehrpersonen schon gesagt wurde. Weiss die das? Die Antwort ist immer dieselbe, Nein. Genau darum geht es. Wir müssen lernen, mehr miteinander zu reden und nicht nur die Faust im Sack zu machen und oben reinzuschliessen. Wenn man den Dienstweg einhält und es funktioniert nicht, dann braucht es Profis. Wir von der FDP-Fraktion denken, dass dieses Postulat nicht erheblich zu erklären ist. Wenn es Hilfe braucht, dann kann man situativ Profis herbeizuziehen. Das ist unserer Meinung nach viel der bessere Weg.

ER Urs Hinnen (Grüne Partei Schaffhausen)

Wir von der AL/Grünen-Fraktion sind grundsätzlich der Meinung, dass dieses Anliegen berechtigt ist, nur denken wir, dies hat nichts auf der Ebene der Politik zu suchen hat. Das ist eine Aufgabe der Personalführung, die solche Probleme regeln sollte. Es geht hier um Konflikte, Mobbingfälle, Verletzungen der persönlichen Integrität etc. Dies wird als psychosoziales Risiko bezeichnet. Jeder Mitarbeiter ist vielleicht einmal mit einer solchen Situation konfrontiert und diese muss geegnet sein. Hier braucht es eine Regelung und das heisst, es ist eine interne Anlaufstelle zu definieren, damit man weiss, zu welcher Person man sich hinbegeben soll. Das möglichst in vertraulicher Art und Weise, wenn das gewünscht wird. Das müsste eine Person sein, die einen guten Draht zu den Leuten hat. Wenn es allenfalls nötig würde, dann wäre die Frage der externen Vertrauensstelle zu begrüssen. Das wäre dann, was der Gemeindepräsident erwähnt hat, die Firma Movis. Ein Arbeitsinspektor würde allenfalls prüfen, ob solch eine Stelle vorhanden ist oder nicht. Das hat aber nichts mit der Politik zu tun. Wir sind der Meinung, dass dieses Postulat grundsätzlich in Ordnung ist, aber es ist als nicht erheblich zu betrachten.



ER Marcel Stettler (CVP)

Grundsätzlich haben wir grosse Sympathie für dieses Postulat, so dass die Personalthemen auch ernst genommen werden. Mitarbeiter sind das höchste Gut, das wir haben. Trotzdem können wir diesem Postulat so nicht zustimmen und es an den Gemeinderat überweisen. Die Begründung liegt darin, dass wir es ähnlichsehen, wie unsere Vorredner. Wir haben alle Vorgesetzte und Vorgesetzte sind geschulte Leute mit Führungsaufgaben, Führungsfunktionen. Diese sind in Sachen Konfliktlösung geschult. Das erwarte ich von einem Vorgesetzten. Er muss dies sicherstellen. Wir finden, man darf nicht wegschauen, wenn es Probleme gibt, aber der Dienstweg sollte unbedingt eingehalten werden. Sollte es zu schwerwiegenden Problemen kommen, dann sind wir auch der Meinung, dass dann gezielt Hilfe zu holen ist. Besten Dank.

ER Robert Eichmann (SVP)

Ich habe die Einwände zur Kenntnis genommen. Ich sehe auch ein, dass das Postulat etwas hart aufgesetzt wurde. Ich bin der Meinung von Ernst Schläpfer (parteilos). Ich würde, wenn es erlaubt ist, den Satz "*Sollte der Weisung der Vertrauensperson nicht Folge geleistet werden, entscheidet der Einwohnerrat definitiv*" hinausstreichen. Dann möchte ich Sie bitten, das angepasste Postulat zu überweisen.

ER Peter Gloor (SP)

Ich muss Ihnen gestehen, dass ich seit 8 bis 10 Jahren eine Ombudsstelle in der Gemeinde inne habe, bei den Heimen. Diese hat sich gut bewährt. Ich werde mich deshalb aus der Abstimmung raushalten, ich werde nicht mitstimmen. Wir haben gute Erfahrungen damit gemacht.

ER Jakob Walter (parteilos)

Wir suchen eine Lösung für ein Problem. Die Ursache davon ist nicht ein Konflikt am Arbeitsplatz, sondern ein Mitglied des Einwohnerrats hat ein Skandal gemacht ohne Schlichtungsversuch. Dies in einer Situation, wo der Vorgesetzte selbstverständlich aus Persönlichkeitsrechten nicht Klartext sprechen kann.

ER Robert Eichmann (SVP)

Wenn wir das Postulat überweisen, werden wir diese Situationen nicht mehr haben. Wir dürfen etwas nicht vergessen, es kommen andere Generationen auf den Arbeitsmarkt. Da wird dies bestimmt nicht mehr so einfach sein.

ER Marco Torsello (FDP)

Ich garantiere dir, die neue Generation lernt das Umgehen mit Konflikten heutzutage sehr früh in der Schule. Diese sind konfliktfähiger. Sie wissen, wie man damit umgehen muss.

ER Marcel Stettler (CVP)

Ein kurzer Hinweis. Unsere 2. Stimmzählerin ist nicht anwesend. Wenn wir über das Postulat abstimmen, müssen wir sicher noch einen Ersatzstimmzähler haben.



ER-Präsident Peter Fischli (FDP)

Ich nehme das sehr gerne zur Kenntnis, danke. Aufgrund des geänderten Postulats müsste der zuständige Referent Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen.

Gemeindepräsident Dr. Stephan Rawyler

Mein Votum geht in eine andere Richtung. Ich wäre froh, wenn wir einen klaren Postulatstext hätten, worüber wir anschliessend abstimmen werden. Wenn man das Weisungsrecht hinausstreicht, ist mir aus diesem Text nicht klar, wie dann der Postulatstext lautet. Ich bitte Sie, dafür eine kurze Pause einzulegen, damit der Postulant da einen klaren Text verfassen kann und dann wissen wir alle, worüber wir sprechen und über was Sie anschliessend abstimmen dürfen.

ER Robert Eichmann (SVP)

Der Postulatstext lautet neu wie folgt:

"Der Gemeinderat wird beauftragt, Bericht und Antrag zur Schaffung einer Schlichtungsstelle für das Gemeindepersonal vorzulegen."

Gemeindepräsident Dr. Stephan Rawyler

In seiner Mehrheit hält der Gemeinderat an seinem Antrag fest. Es ist klar, worauf das hinauslaufen würde. Eine Schlichtungsstelle würde kosten, ob wir Probleme haben oder nicht, auch mit diesem sogenannten "Halbtaxabonnement". Wir haben während einiger Jahre überhaupt keine Fälle gehabt. Wir sind der Ansicht, man soll nur das flicken, was kaputt ist. Wir sehen den Sinn nicht ein für eine solche Stelle. Wir haben signalisiert, wenn Probleme anstehen, wir auch bereit sind, externen Personen beizuziehen. Wir haben die Prozesse aufgezeigt. Der Gemeinderat wird das machen, was Sie wünschen. Ich bitte Sie einfach zu beachten, dass auch wir nur eine begrenzte Arbeitskapazität haben. Das bringt alles Kosten und löst Arbeiten aus.

ER-Präsident Peter Fischli (FDP)

Die Wortmeldungen haben sich erschöpft. Wir stimmen ab. Wir müssen noch einen Ersatzstimmenzähler oder eine Ersatzstimmenzählerin bestimmen. Arnold Isliker (SVP) meldet sich freiwillig. Gibt es Einsprachen dagegen. Das scheint nicht der Fall zu sein, dann erkläre ich Arnold Isliker (SVP) als Ersatzstimmenzähler für gewählt.

Im Laufe der Diskussion wird der Postulatstext vom Postulanten wie folgt abgeändert:

"Der Gemeinderat wird beauftragt, Bericht und Antrag zur Schaffung einer Schlichtungsstelle für das Gemeindepersonal vorzulegen."

Das abgeänderte Postulat wird mit 11 : 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen an den Gemeinderat überwiesen.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 3 Postulat Nr. 2020/1 von Arnold Isliker (SVP, Erstunterzeichner) und Urs Schüpbach (parteilos) vom 16. Januar 2020 betreffend Verbesserung der Velosituation in und um Neuhausen

ER-Präsident Peter Fischli (FDP)

Ich frage den Erstunterzeichner Arnold Isliker (SVP) an, ob er zur schriftlichen Begründung des Postulats Ergänzungen anbringen möchte.

BEGRÜNDUNGER Arnold Isliker (SVP)

Was hat uns bewogen ein Postulat betreffend der Verkehrsführung für den Langsamverkehr sowie Parkiermöglichkeiten am Bahnhof sowie Rheinfall einzureichen. Das sind die unzureichenden Antworten seitens des Gemeinderats betreffend Kleiner Anfrage von Urs Schüpbach (parteilos) und mir.

Nun, zu meinem Teil. Vom Rheinfall zum Bahnhof wird sich Urs Schüpbach (parteilos) noch äussern. Das ist die nach wie vor ungenügende Markierung für Radtouristen rund um Neuhausen. Ich habe seinerzeit angeregt, die Umfahrung Süd, für den Radverkehr herzustellen, was dann aber auf die lange Bank geschoben wurde.

Erfreulicherweise hat der Kanton signalisiert, dass die Strecke ab Europahaus über den Katzensteig geführt werden soll. Damit wäre die Sache dem Rhein entlang (Fahrverbot) erledigt. Was aber passiert, wenn der Radfahrer im Zentrum ankommt? Irreführende Wegweiser, wie zum Beispiel bei der reformierten Kirche, zeigt eine Tafel nach Jestetten Richtung Schaffhausen oder im Zentrum Richtung Rheinfall über die Scheibengasse.

Wer soll da noch drauskommen? Dasselbe gilt neuerdings wieder für Touristen, welche mit dem Trolleybus ankommen. Es gäbe einfache Lösungen, aber unser Baureferent ist da sehr resistent.

Ein weiteres Kapitel sind die Parkiermöglichkeiten für Radfahrer plus Gepäck. Die SIG gemeinnützige Stiftung wäre bereit in Konsens mit der Gemeinde und dem Kanton Lösungen zu suchen.

Weitere Punkte habe ich schon im Postulat zu Papier gebracht. Es ist nicht die alleinige Angelegenheit der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall, deshalb habe ich im Kanton das gleiche Postulat eingereicht. Aber dort mahlen die Mühlen langsamer und es wird sicher Herbst, bis das traktandiert wird.

Was ich noch erwähnen wollte, ist, dass auf der Zürcher Seite Millionen investiert werden für den Tourismus und für die Radtouristen. Wie Sie vernommen haben, ist die Strecke entlang der linken Seite des Rheins wieder offen und die Hanglage wurde saniert. Soll sich die Zürcher Seite zur Goldküste entwickeln, analog dem Zürichsee.

Deshalb bitte ich Sie und auch Urs Schüpbach (parteilos) das Postulat zu überweisen.



ER Urs Schüpbach (parteilos)

Vieles hat Einwohnerrat Arnold Isliker (SVP) schon gesagt. Ich möchte einige Punkte ergänzen beziehungsweise nochmals unterstreichen.

Wenn ich über die Einwohnerratsprotokolle der letzten Jahre zu ähnlichen Themen schaue, fällt mir auf, dass wir schon sehr viele Kleine Anfragen, Postulate und Interpellationen hatten. Lösungen sehen wir aber weiterhin keine. Der Ball wird da doch nur hin und her gespielt.

Aus unserer Sicht, muss das Konzept Fuss- und Veloverkehr aus den Schubladen geholt werden. Es ist an der Zeit, dieses umzusetzen und die Planung voranzutreiben. Wenn jetzt nicht begonnen wird, vergehen noch mehr Jahre, als sowieso schon vergehen werden. Es muss doch möglich sein, da was zu machen. Wenn es dazu Absprachen/Entscheide braucht, müssen diese aktiv angegangen werden. Die ganze Situation rund um den Langsamverkehr ist unbefriedigend.

Ein Beispiel ist weiterhin die Unterführung am Bahnhof. Immer noch stehen Fahrräder in der Unterführung. Problemlösungen müssen von uns angestossen werden, wenn da ein Problem erkannt wurde. Bei der Unterführung zum Beispiel wäre eine Lösung, den alten Unterstand vor dem Steg mit einem Neubau für Garagen und einem Velounterstand zu ersetzen. Die Unterführung wäre frei. Es besteht also Handlungsbedarf.

Dieses Postulat soll ein starkes und breit abgestütztes Zeichen setzen. Ein Ausrufezeichen in die Richtung aller Verantwortlichen nicht abzuwarten, sondern aktiv jetzt vorwärts zu machen.

STELLUNGNAHME

ER-Präsident Peter Fischli (FDP)

Das Wort zur Stellungnahme des Gemeinderats hat Baureferent Dr. Stephan Rawyler.

Gemeindepräsident Dr. Stephan Rawyler

Der Gemeinderat erkennt die Zeichen und vor allem kann er zählen. Wenn ein Postulat schon 15 Unterschriften hat, dann muss man nicht lange rechnen, ob es überwiesen wird oder nicht. Der Gemeinderat wehrt sich selbstverständlich nicht gegen eine Überweisung, sondern ist bereit, dieses Postulat entgegenzunehmen.

Gestatten Sie mir aber dennoch ein paar Bemerkungen zur Begründung. Sie haben zu Recht ausgeführt, dass es immer wieder Vorstösse gegeben hat, aber es keine Lösung gibt. Es gibt natürlich verschiedene Gründe, weshalb es keine Lösung gibt. Vielleicht ist der Gemeinderat einfach faul oder unfähig. Man kann dieser Meinung sein, aber vielleicht ist es einfach auch nur schwierig. Nämlich den Kern der Lösung hat eben die eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission gebodigt, indem sie den Steg zwischen der Rheinfallbrücke und dem Rheinfallgebiet abgelehnt hat. Das wäre ein Schlüssel gewesen.

In der Zwischenzeit haben wir den Schutz der Gewässer auf eidgenössischer Ebene angenommen mit dem breiten Gewässerraum. Sie selbst haben den Gewässerraum sehr deutlich aufgezeichnet beim SBB Bahnhof. Die Stelle, die sie erwähnt haben, ist Gewässerraum und im Gewässerraum



darf man nichts machen. Der Gemeinderat ist nicht unwillig oder unfähig, er kann einfach nicht über eidgenössische Gesetze hinwegsehen. Das geht nicht. Der Kanton kann das ebenfalls nicht.

Die Situation ist schwierig. Ich verstehe Ihren Unmut, aber ich wäre eigentlich nicht böse, wenn man konkrete Vorschläge machen würde, wie man es nun besser machen könnte. Das wäre produktiv, aber vielleicht finden wir später eine gemeinsame Lösung. Immerhin gestatte ich mir, aus einer Aktennotiz zusammenfassend darauf hinzuweisen, der Kantonsingenieur war anwesend, dann der zuständige Mann beim Kanton für den Langsamverkehr, dann waren zwei Vertreter von hier dabei und der Projektleiter für die Agglomerationsprogramme des Kantons und die Quintessenz war, der Kanton sieht zum jetzigen Zeitpunkt keinen Bedarf zu Veloabstellplätzen auf dem Perimeter des Kantons.

Ich habe schon x-mal gesagt für die Velotouristen vom Bodenseeraum benötigen wir eine saubere Velostation. Man könnte mit der SIG gemeinnützigen Stiftung sprechen, aber Sie wissen auch, bei einer richtigen Velostation sprechen wir von mehreren Millionen Franken. Wer soll das bezahlen, wenn nicht der Kanton? Er ist nämlich der Profiteur. Aber der Kanton sieht keinen Bedarf an Veloabstellplätzen.

Wenn es dann mal nötig wäre, dann könnte man über das Rheinfallkonto etwas finanzieren. Die Schweizer Mobilrouten bleiben auf Zürcher Seite. Das hat nichts mit Goldküste zu tun, sondern das wird auf nationaler Ebene entschieden und die sind und bleiben auf Zürcher Seite.

Es ist richtig, dass die Velofahrerinnen und Velofahrer vom Bahntal den Katzensteig hinaufgeleitet werden und dann kommt die äussere Zentralstrasse und wir sind im Zentrum. Dann kommt der Einwand von Einwohnerrat Jakob Walter (parteilos), wer will denn den Katzensteig hinauffahren, wenn man doch so schön am Rhein entlangfahren könnte. Ist denn das Problem wirklich gelöst, auf dem Plan, Ja, ob es dann in der Realität auch so ist, werden wir sehen. Was wir wissen, Verbotsschilder werden nicht beachtet. Es gibt ganze Schulklassen, Lehrerinnen und Lehrer voraus, am Verbotsschild vorbei. Das wird nicht akzeptiert.

Der Kanton weiss auch darauf hin, dass neben dem Gewässerraum das ganze Gebiet dort BLN-Gebiet ist. Dann müssten wir von Privaten Land erwerben. Das wird muntere Verhandlungen geben. Das kann ich Ihnen jetzt schon sagen. Wer von Ihnen möchte vom eigenen Land ein Stück abgeben für einen Veloweg? Freiwillige können sich melden. Das wird sehr schwierig. Der Kanton sieht zeitlich eine Massnahme im Bereich des Agglomerationsprogramms 5, das wäre 2028 bis 2033. Dann habe ich längst AHV, wenn ich noch lebe.

Dann höre ich Einwohnerrat Urs Schüpbach (parteilos), es geht nichts, wir machen nichts! Der Kanton tickt da offenbar ganz anders. Er gibt einen anderen Rhythmus vor. Ich bin deshalb froh, dass Kantonsrat Arnold Isliker (SVP) einen Vorstoss beim Kanton gemacht hat. Dort liegt meines Erachtens der Schlüssel.

Über die Wegweiser haben wir schon x-mal diskutiert und einmal mehr der Hinweis, diese hat der Kanton bestimmt. Nämlich der Chef des Bereich Langsamverkehr, Martin Baggenstoss, hat dies festgelegt. Diese Wegweiser sind genauso, wie es der Kanton wollte. Die Gemeinde ist nicht befugt, an diesen Wegweisern herumzuschrauben. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen. Der Kanton hat sie nämlich bezahlt.

Wir sind gerne bereit und Sie sehen, wir sprechen dauernd mit dem Kanton, das letzte Mal am 24. Februar 2020, das Postulat entgegenzunehmen. Eigentlich haben wir das Postulat schon erfüllt. Ich bitte Sie einfach, sich zu gedulden, wir haben die Bedingungen BLN, Gewässerraum, ENHK. Es fehlt an Platz. Das müssen Sie einfach akzeptieren. Wir können nicht zaubern. Die Sammelstrasse



Süd haben wir natürlich aufgenommen. Ich weiss, dass Einwohnerrat Arnold Isliker (SVP) keine Freude über meine Antwort hat. Das ist Fakt und auch dort müssen wir sagen, wer bezahlt das? Wir werden uns spätestens im November über das Budget 2021 unterhalten. Dann müssten Sie Millionenbeträge hineinnehmen, zumindest in den Finanzplan, um das zu erreichen. Der Kanton zeigt sich im Moment sehr resistent bezüglich der Zahlungsbereitschaft. Wenn Sie aber auf kantonaler Ebene etwas erreichen, wäre das super.

Wir sind bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Wir schauen, dass wir etwas Gutes daraus machen. Ich kann aber jetzt schon sagen, Sie müssen Geduld haben.

DISKUSSION

ER Arnold Isliker (SVP)

Ich habe nicht viel anderes erwartet, aber betreffend den Anstoss, den Urs Schüpbach (parteilos) gemacht hat, sind diese Grundstücke im GIS nicht im Gewässerschutz enthalten. Dieses ist abschliessend und das Material gehört zu einem kleinen Teil der Gemeinde und zu einem grossen Teil der SBB. Das hat nichts mit privatem Eigentum zu tun. Deswegen habe ich das Postulat auch beim Kanton eingereicht.

Ich meine, man sollte auch dem Herrn Baggenstoss einen Stoss geben, damit er zur Besinnung kommt, vernünftig wird und den normalen Menschenverstand walten lässt. Wenn er in der Hochsaison einmal nach Neuhausen am Rheinfall gehen würde und sich anschaut, wie die Velo- und Fussgängertouristen umherirren und sich den Weg zum Rheinfall suchen, dann würde er sich bestimmt Gedanken machen, wie dies anders zu lösen ist. Vor lauter Wald sieht man die Bäume nicht mehr.

Die Steigung Richtung SIG bleibt so oder so. Wir müssen auf diese Höhe kommen. Den Steg am Rhein entlang bis zum Rheinfall können wir endgültig beerdigen. Dieser wird nie mehr kommen. Ich meine, steter Tropfen höhlt den Stein auch wenn wir immer wieder Vorstösse machen. Wenn wir auf Traktandum 4 schauen, dann hat es jetzt ja eine Lösung gegeben, nachdem der Schwarzpeter mehrere Wochen hin- und hergeschoben wurde.

Ich bin der Meinung, dass man mit dem Kanton eine Lösung finden kann. Ich werde auch im Kantonsrat dieses Postulat vehement vertreten und hoffe, dass es überwiesen wird. Von wegen "Kosten Umfahrungsstrasse Süd". Wurden diese Kosten jemals eruiert? Der Gemeindepräsident spricht von Millionen von Franken. Ich bin überzeugt, dass man das mit 300'000 Franken bis 400'000 Franken lösen könnte. Die SIG gemeinnützige Stiftung ist auch daran interessiert und würde Hand bieten. Ich habe bis heute noch kein endgültiges Resultat für eine approximative Offerte für diese Lösung. Das wäre noch ein denkbarer Weg, aber der Kanton schlägt jetzt vor, den Katzensteig zu bevorzugen, was auch der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall für das Innenleben, wenn die Touristen dort durchs Dorf fahren, Belebung gibt. Das wäre auch ein Aspekt, der zu beachten wäre.

ER Urs Schüpbach (parteilos)

Viel haben wir an den vergangenen Ratssitzungen schon darüber diskutiert. Etwas geschockt bin ich nun schon von der Aussage 2028 bis 2033. Das geht noch viele Jahre, bis eine Lösung irgendwo in Sicht ist. Ich bin mir nicht sicher, ob wir das einfach so hinnehmen müssen. Oder wir warten ab und die Zeit vergeht. Die Touristen irren weiterhin in der Gemeinde umher. Da muss irgendwo eine



Lösung zu finden sein. Hoffentlich kommen wir mit dem Postulat von Arnold Isliker (SVP) im Kantonsrat einen Schritt näher. Ansonsten sehe ich schwarz, wenn das so ist. Das ist ja unheimlich.

ER Jakob Walter (parteilos)

Zur Verbindung Röti bis Rheinfallkraftwerk. Vor über 20 Jahren habe ich damals einen Vorstoss dazu eingereicht. Damals hiess es, die Kosten belaufen sich auf 1.5 Mio. Franken und die Gemeinde könne sich das nicht leisten. Ich würde Kantonsrat Arnold Isliker (SVP) empfehlen, diesen ehemaligen Plan, der von der ENHK abgelehnt wurde, einsehen. Dies ist für mich immer noch nicht gestorben, nur dieser Plan war damals nichts wert. Dieses Projekt musste aufgrund des schlechten Plans abgelehnt werden, das war offensichtlich. Ich habe damals schon suggeriert, dass man mit dem Präsidenten der ENHK sprechen sollte und klären, in welchem Ausmass so ein Projekt allenfalls bewilligungsfähig sein könnte.

ER Marcel Stettler (CVP)

Meine Unterschrift fehlt auf diesem Postulat. Dann wären es 16 Unterschriften. Ich habe grosse Sympathie als aktiver Velofahrer mit meinen verschiedenen Fortbewegungsmitteln auf zwei Rädern. Ich möchte nicht mehr vieles wiederholen. Ich bin auf jeden Fall dafür, dass dieses Postulat überwiesen wird. Dass es nicht einfach ist, kann ich nachvollziehen, aber an Herausforderungen wächst man.

Ich bin viel mit dem Fahrrad in fremden Ländern unterwegs. Ich höre immer wieder, dass der nicht vorhandene Platz ein Problem ist. Wenn ich jetzt in Italien oder Wales mit meinem Fahrrad unterwegs bin, dann sind die Platzverhältnisse zum Teil weitaus enger als dem Rhein entlang. Wie geht das? Mit Respekt und Anstand und ich denke, dass wir hier vieles von anderen Ländern lernen können. Es muss in diesem Bereich unbedingt etwas geschehen und deshalb bin ich der Meinung, dass dieses Postulat überwiesen werden soll.

ER Marco Torsello (FDP)

Es wurde eigentlich schon alles gesagt. Auch wir von der FDP sind der Meinung, dass es hier eine Lösung braucht. Wenn es nicht bis 2033 geht, sind wir natürlich auch froh. Das grösste Problem ist einfach der nicht vorhandene Platz, aber nicht nur in Neuhausen am Rheinfall, sondern in der ganzen Schweiz. Ich bin viel in Deutschland unterwegs am Reisen und dort trifft man teilweise ganze Autobahnen für Fahrräder. Das können wir hier natürlich nirgends bauen, aber irgendwie eine Lösung wird es sicher geben.

ER-Präsident Peter Fischli (FDP)

Die Wortmeldungen haben sich erschöpft. Wir stimmen ab.

Das Postulat wird mit 18 : 0 Stimmen einstimmig an den Gemeinderat überwiesen.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 4 Postulat Nr. 2020/2 von Bernhard Koller (EDU) vom 16. Januar 2020 betreffend Optimierung der Lichtsignalanlagen-Steuerung

ER-Präsident Peter Fischli (FDP)

Ich frage Bernhard Koller (EDU) an, ob er zur schriftlichen Begründung des Postulats Ergänzungen anbringen möchte.

BEGRÜNDUNG

ER Bernhard Koller (EDU)

Seit mehreren Monaten beschäftigen sich Presse, Leserbriefschreiber, Politiker im Einwohnerrat und Kanton und der Gemeinderat mit dieser "Lichtsignalanlage des Anstosses". Dabei wurde offensichtlich, dass die Kommunikation zwischen Gemeinde und Kanton nicht von konstruktiver Problemlösung geprägt wurde. Es wurde eher darauf hingewiesen: Wir haben unsere Bedürfnisse mitgeteilt, die "anderen" sind die Problemverursacher!

Das führte zur Beförderung der "dümmsten Lichtsignalanlage" und zu einem schildbürgerhaften Arbeitsablauf in den Augen der Einwohner.

Die aktuellste Stellungnahme erfolgte auf die Kleine Anfrage im Kantonsrat vom 25. Februar 2020. Dabei wurden klare Fakten gemäss folgenden Zitaten kommuniziert:

"Jetzt, nach der Öffnung des Galgenbucktunnels hat die Lichtsignalanlage ihre Daseinsberechtigung verloren. Das Verkehrsaufkommen hat auf der Ortsdurchfahrt und auf der Rosenbergachse sprunghaft abgenommen. Die neusten Erfassungen des Verkehrsaufkommens zeigen eine Abnahme von 60% bis 70% zu den Spitzenzeiten. An der Rosenbergstrasse wurden pro Tag minus 31% im Durchschnitt, bei der Morgenspitze minus 40% und bei der Abendspitze minus 51% gemessen.

Aufgrund des reduzierten Verkehrsaufkommens ist aus "verkehrstechnischer Sicht" die Steuerung mit einer Lichtsignalanlage nicht mehr notwendig. Ebenfalls ist die verkehrspolitische Funktion der Lichtsignalanlage (Dosierung) in Frage zu stellen, da mit der Inbetriebnahme des Galgenbucktunnels der Schleichverkehr praktisch vollständig eliminiert wurde. Für den Weiterbetrieb der Lichtsignalanlage gibt es kaum noch Gründe.

Beurteilung und Bewertung muss aber in erster Linie durch den Gemeinderat Neuhausen vorgenommen werden. Im "Bericht zur Kenntnisnahme betreffend flankierenden Massnahmen Galgenbucktunnel" vom 13. November 2018 an den Einwohnerrat hat er sich bereits dementsprechend geäussert: "Auf Lichtsignalanlagen kann bei der Einmündung der Engestrasse in die Klettgauerstrasse auf Dauer verzichtet werden" (Zitat Pt. 7.1)"

Nach aktuell geltendem Strassengesetz ist Neuhausen zuständig für Betrieb, Unterhalt und dessen Finanzierung. Wer für den Betrieb zuständig ist, ist auch für die Regelung des Verkehrs zuständig.

In Neuhausen am Rheinfall ist seit jeher der Betrieb und Unterhalt der Kantonsstrassen an die Gemeinde delegiert. Somit ist die Gemeinde auch Betreiberin der Lichtsignalanlagen. Damit verbunden ist die Pflicht, diese ordnungsgemäss, das heisst im Sinne einer optimalen Verkehrsabwicklung, zu betreiben und so zu unterhalten, dass sie jederzeit funktionstüchtig sind.



Bei den Lichtsignalanlagen betrifft dies insbesondere die Induktionsschleifen und die elektrischen Anlagen mit den Steuerungsgeräten (Hardware).

Da das Steuergerät demnächst ersetzt werden muss und die Anbindung mit dem Zentralrechner unterbrochen ist, sind grössere anstehende Unterhaltsinvestitionen bald nötig.

Solange die Gemeinde den Betrieb und den Unterhalt der Anlage korrekt gewährleistet, duldet der Regierungsrat die Anlage. Angesichts der deutlichen Verkehrsumlagerung mit dem Galgenbuckeltunnel und des nun vertretbaren, stark reduzierten Verkehrsaufkommens in der Engestrasse ist der Kanton nicht bereit, Beiträge an die Gemeinde für grössere Unterhaltskosten oder gar für den Ersatz der Anlage zu leisten.

Im Weiteren konnte der Kanton nachweisen, dass der Verkehrsfluss kaum noch Staus erzeugte, als die Lichtsignalanlage im Blinkbetrieb geschaltet wurde (30.11. bis 06.12.2019).

Die Änderung der Programmierung der Lichtsignalanlage kann selbständig durch die Gemeinde veranlasst werden. Vor allem jetzt, da das Lichtsignal wegen eines weiteren Defekts nicht mehr mit dem Zentralrechner verbunden ist.

Weitere Lichtsignalanlagen der Gemeinde (z.B. Töbeliacker, Rosenberg, etc.) können autonom geändert werden. Die TRIBUS Steuerungen für den Zentralrechner wurden durch den Kanton geplant, finanziert und sind sehr komplex. Darum ist der Kanton bei dieser Steuerung zu kontaktieren.

Aufgrund der Berücksichtigung aller dieser Fakten möchte ich Ihnen erneut nahelegen, das Postulat das ich eingereicht habe, zu unterstützen. 11 Einwohnerräte haben es bereits unterzeichnet. Ich danke Ihnen dafür.

STELLUNGNAHME

ER-Präsident Peter Fischli (FDP)

Das Wort zur Stellungnahme des Gemeinderats hat Baureferent Dr. Stephan Rawyler.

Gemeindepräsident Dr. Stephan Rawyler

Der Gemeinderat beantragt Ihnen, das Postulat nicht zu überweisen und empfiehlt dem Postulanten sein Postulat in eine Interpellation umzuwandeln. Und zwar aus den folgenden Gründen:

Die Lichtsignalanlage wurde in den 80-er Jahren eingebaut, weil die Zunahme des Verkehrs derart hoch war, dass man befürchten musste, dass gegen 20'000 Fahrzeuge pro Tag über diese Strecke fahren. Es war dann auch sehr wirksam. Mit dem Kanton war abgesprochen, dass maximal 12'000 Fahrzeuge über die Rosenbergstrasse fahren dürfen. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass in der Beantwortung zur Kleinen Anfrage von Kantonsrat Stauffer andere Zahlen stehen. Wir haben unsere Beantwortung der Kleinen Anfrage von Peter Fischli (FDP) dem Kanton zur Stellungnahme vorgängig zur Verfügung gestellt und wir haben die Antworten des Kantonsingenieurs noch eingebaut. Ich habe feststellen müssen, dass der Kanton eine andere Praxis hat. Er hat uns nicht gefragt. Schade, auch der frühere Baudirektor hat immer von 11'000 bis 12'000 Fahrzeugen gesprochen. Wieso jetzt der Kantonsingenieur von einer tieferen Zahl gesprochen hat, muss er



wissen. Das ist mir nicht bekannt. Es stehen auch sonst ganz interessante Sachen drin, die mit der Faktenlage nicht übereinstimmen.

Grundsätzlich hat der Kanton recht, wenn er sagt, die Gemeinde sei eigentlich zuständig. Aber wir haben uns im November 2012 auf eine andere Lösung geeinigt. Möglicherweise will das der Kanton nicht mehr wissen. Fakt war, dass ich dem Kanton eine Kopie dieser Vereinbarung schicken musste. Diese war beim Kanton offenbar nicht mehr auffindbar. Dort drin steht ganz klar, dass die TRIBUS-Massnahmen vom Kanton bezahlt werden. Die Änderungen, die später erfolgten, hat auch der Kanton bezahlt und nicht wir. Ich weiss, dass ich im Klettgau der "Blöhlmann" bin, aber das bin ich nicht, definitiv nicht. Das ist der Kanton, der offenbar selbst nicht mehr weiss, was er darf, soll und muss.

Fakt ist, seit 2012 ist die Lichtsignalanlage (LSA) Engestrasse in einen Verbund eingebunden mit der Kreuzstrasse, Neue Welt, Badische Bahnhofstrasse und Rheinhof. Es war einmal das Ziel des Kantons, die Kapazität auf der Kreuzstrasse so zu erhöhen, dass es keine Staus mehr gibt. Es gibt immer noch in der Verwaltung beim Kanton, nicht auf der Regierungsebene, den Wunsch, nach einer zweiten Verbindung in den Klettgau via Engestrasse, Rosenbergstrasse, Sonnenburggutstrasse und dann Breite, Lochstrasse Richtung Schweizersbild. Dazu sind entsprechende Mails bei mir vorhanden. Diese sind zwar schon etwas älter, aber dieser Wunsch ist und war immer vorhanden.

Wieso ist das bedeutsam. Wir alle wissen, dass der Galgenbucktunnel manchmal zu sein wird. Vielleicht geschieht ein Unfall oder es finden Sanierungsarbeiten oder Putzarbeiten statt. In diesen Situationen werden die Kreuzstrasse und die Klettgauerstrasse nicht mehr genügend Kapazität aufweisen. Es wird automatisch zu Staus kommen. Ob wir an der Kreuzstrasse einen Kreislauf oder eine Lichtsignalanlage haben, spielt keine Rolle, es gibt Staus. Wenn Sie keine Staus wollen, dann brauchen Sie eine Alternative. Und wie schön, es gibt eine, das ist die Engestrasse und die Rosenbergstrasse.

Jetzt können Sie dem Gemeinderat mit dem Postulat schon einmal die Hände binden. Der Kanton wird sich nicht darüber beklagen, dass Sie uns das Verhandlungsmandat massiv einschränken. Wir müssen nicht von heute ausgehen, sondern wir müssen vom Zustand ausgehen, wenn es nicht funktioniert.

Zweitens, ich habe mit Interesse gelesen, dass die Zahlen massiv zurückgegangen sind, um 31% und 51%. Bis jetzt haben wir auf der Rosenbergstrasse jeweils die Zählungen durchgeführt. Wir haben bis jetzt noch gar keine gemacht. Ich weiss gar nicht, woher der Kanton diese genauen Zahlen hat. Es wäre schön gewesen, wenn wir diese hätten verifizieren können. Passen Sie auf, ob das wirklich stimmt. Januar und Februar sind die Monate, an denen wir relativ wenig Verkehr haben. Im Januar arbeitet der Bau und das Baunebengewerbe nicht oder nur eingeschränkt, im Februar sind noch Skiferien angesagt. Interessant sind die Zahlen vom März bis November und dann werden wir sehen, ob das wirklich so ist. Mein Bauchgefühl sagt auch, der Verkehr ist massiv zurückgegangen aber ich würde mich nicht auf Prozentzahlen versteifen. Mir ist unklar, woher der Kanton dies weiss.

Richtig ist nach wie vor, gemäss der Vereinbarung November 2012, dass die LSA Engestrasse in diesem TRIBUS-Verbund eingebunden ist.

Was ist im Herbst 2019 passiert? Irgendjemand hat die Verbindung zum Zentralrechner unterbrochen. Bewusst oder unbewusst, bei den Bauarbeiten, wir wissen es nicht. Wir haben das auch nicht festgestellt. Der Kanton hat uns nicht informiert. Wir haben keine Rückmeldung vom Zentralrechner erhalten. Der Kanton hat aber die Markierungen vor Eröffnung des Galgenbucktunnels so gemacht, wie wenn der Galgenbucktunnel offen wäre. Als wir das Lichtsignal



repariert haben, das auch kaputt war, gab es natürlich Staus. Die Verbindung zum Zentralrechner fehlte und die Markierung war bereits für die Version "Galgenbucktunnel offen". Kein Wunder, dass es Staus gibt. Aber schuldig ist wer? Der Gemeindepräsident von Neuhausen am Rheinfall. Der hat weder markiert noch die Lichtsignalanlagen kaputt gemacht. Es ging so weit, dass der Kanton sogar bestritten hat, dass er gesagt hat, die Lichtsignalanlage müsse eingeschaltet werden. Zum Glück gab es ein Mail und das konnte ich den Medien zuschicken. Was da für ein Spiel getrieben wird, ist mir ehrlich gesagt rätselhaft. Passen Sie auf, dass Sie sich nicht zu sehr und zu schnell auf diesen Zirkus einlassen.

Der Gemeinderat hat am 13.11.2018 gesagt, auf die LSA könne verzichtet werden, wenn die flankierenden Massnahmen auf der inneren Klettgauerstrasse und auf der äusseren Klettgauerstrasse umgesetzt sind. Dann funktioniert es gemäss TRIBUS und gemäss den Überprüfungen, die wir mit externen Verkehrsbüros gemacht haben.

Natürlich können Sie sagen, wir spielen den Winkelried und lassen den Verkehr durch. Die älteren Leserbriefschreiber aus Beringen freuen sich. Es ist auch interessant, dass immer Leute aus Beringen schreiben. Offenbar habe diese das besondere Bedürfnis, möglichst schnell durch unsere Gemeinde zu fahren.

Falsch, muss ich einfach sagen, ist die Meinung, dass die Gemeinde irgendetwas am Programm ändern darf. Das ist nicht der Fall. Ändern darf nur der Kanton, ausser er würde diese Vereinbarung auflösen und sagen, wir geben das zurück. Das wäre natürlich eine Möglichkeit. Eine solche Mitteilung habe ich bis heute aber nicht erhalten.

Damit funktioniert diese Anlage wieder einigermaßen. Wir haben die Induktionsschleifen reparieren lassen. Wir haben nicht gewusst, dass diese kaputt waren. Das würde eigentlich auch zur guten Zusammenarbeit gehören, dass uns Tiefbau Schaffhausen einen Tipp geben würde, dass an der Lichtsignalanlage etwas nicht mehr so gut funktioniert. Kontrolliert das doch. Aber was wir nicht wissen, wissen wir nicht.

Das ist die LSA Engestrasse. Wir müssen den Betrieb machen und den Strom bezahlen. Das ist alles richtig. Wir müssen die Lampen und die Induktionsschleifen austauschen, aber die Programmierung liegt beim Kanton. Den wirklich interessanten und wichtigen Satz haben Sie, Einwohnerrat Bernhard Koller (EVP), nicht vorgelesen. Der Kanton sagt nämlich auch in dieser Antwort: *Er sehe keinen Grund, die Programmierung zu ändern.*

Ich gehe jetzt auf die einzelnen Fragen ein, die Sie noch gestellt haben.

- a) Hier stellt sich die Frage, ob das dazu eine Auflage braucht? Der Kanton ist der Ansicht, dass es keine Auflage braucht. Man kann das einfach so machen. Wo ist denn eigentlich der Rechtsschutz?
- b) Der Kanton kann und muss die Programmierung machen. Die Induktionsschleifen funktionieren wieder. Die Verbindung mit dem Zentralrechner sollte auch wieder herzustellen sein.
- c) Das haben wir vor. Unsere Verwaltungspolizei verfügt über ein Messgerät. Wir werden das selbstverständlich machen. Das ist die entscheidende Frage auch für die flankierenden Massnahmen auf der Engestrasse – Rosenbergstrasse. Das müssen wir machen. Das ist ganz klar. Dann sehen wir auch in welchem Bereich wir zu welchen Zeiten sind und ob wir allenfalls noch ein Problem haben. Das wird Auswirkungen haben.
- d) Da haben Sie ein kleines Staatsgeheimnis verraten. Die meisten haben es vielleicht gewusst, aber alle haben es doch nicht gewusst. Jetzt wissen es sicher alle. Man muss sich immer überlegen, ob es taktisch wirklich so klug ist, das überlasse ich Ihnen.



- e) Das ist eine Lichtsignalanlage, die der Kanton um keinen Preis haben will. Diese will er eigentlich weghaben. Diese durften wir nur mit grösstem Widerstand installieren. Eine längere Grünphase will er nicht haben.
- f) Das ist eine sehr grosse Liste und eine Arbeitsbeschaffungsmassnahme. Das fängt bei der Kreuzstrasse an, Töbeliweg, Neue Welt, Badische Bahnhofstrasse, Rheinhof, Zubastrasse, Scheidegg, Flurlingerstrasse, Rosenbergstrasse. Relativ rasch zu behandeln wäre die Lichtsignalanlagen im Bahntal, weil diese sehr kompliziert aufgestellten Lichtsignalanlagen heute der Stadt Schaffhausen sind, obwohl sie auf Gemeindegebiet von Neuhausen am Rheinflall liegen. Sie sind auch noch mit der Astra Steuerung verbunden. Es darf nämlich nie einen Stau im Tunnel geben. Der Verkehr muss immer rausfahren. Alles ist hoch komplex. Das ist sicher eine spannende Aufgabe, die Sie uns stellen. Da kann man viel Arbeit reinstecken, aber ob das wirklich der Sinn und Zweck ist, ist fraglich.

Man muss sich bewusst sein, bei diese ganzen LSA Engestrasse werden verschiedene Süppchen gekocht. Ich habe längst den Überblick verloren, wer da welche Interessen vertritt. Ich bin nach wie vor der Ansicht, der Gemeinderat muss die Interessen der Gemeinde Neuhausen am Rheinflall vertreten. Er muss schauen, dass wir das Optimum für unsere Bewohnerinnen und Bewohner herausholen. Da müssen wir sauber vorgehen. Wir haben mit dem Kanton die flankierenden Massnahmen zwischen Bahntal und dem Kreisel Galgenbuck angeschaut. Beim letzten Geschäft haben wir über den Katzensteig gesprochen, das ist die flankierende Massnahme Nr. 1, nämlich der Abschnitt vom Bahntal hinauf bis zum Kreisel Scheidegg aber ohne den Kreisel Scheidegg. Der Kanton wird ebenfalls den Abschnitt von der LSA Engestrasse, ohne diese, bis Kreisel Galgenbuck machen. Dann sind diese beiden gemacht. Das sind nämlich die einfachen. Dann kommen wir zu den spannenden Themen, nämlich die acht weiteren Abschnitte zwischen LSA Engestrasse und dem Kreisel Scheidegg. Die Einmündung Engestrasse Klettgauerstrasse ist eine ganz schwierige Kreuzung. Wir haben dort die Situation der Velofahrer, die sehr schnell an Personen vorbeifahren, die auf den Bus warten. Da müssen wir zusammen mit dem Kanton eine Lösung finden.

Ich bitte Sie daher noch einmal, das Postulat nicht zu überweisen und bitte den Postulanten seinen Vorstoss in eine Interpellation umzuwandeln. Besten Dank.

DISKUSSION

ER Arnold Isliker (SVP)

Vielleicht wird sich die ganze Sache auflösen und das Postulat überflüssig machen. Ein ganz wichtiger Aspekt wurde heute Abend gar nicht erwähnt. Ich zitiere vom Kanton: "Mit der anstehenden Revision des Strassengesetzes ist vorgesehen, dass der Kanton die Finanzierung für den Betrieb und Unterhalt der Kantonsstrassen innerorts übernehmen wird. Dann wird Tiefbau Schaffhausen auch den Betrieb und Unterhalt der Anlagen übernehmen. Sollte die Gesetzesrevision wie geplant in Kraft treten, wird der Kanton zu diesem Zeitpunkt eine Neuurteilung zum Weiterbetrieb oder zur Stilllegung der Anlage vornehmen."

Dann werden auch alle anderen Lichtsignalanlagen in der Gemeinde vom Kanton überprüft werden, wenn die Kantonsstrasse wieder zum Kanton übergehen. Das wird sich dann auch aufs Schneepfaden und Salzen übertragen. Das steht hier schwarz auf weiss und wird vom Kanton so befürwortet.



Es kommt mir beim Kanton und der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall so vor, wie bei der Crypto Affäre, wo der Bundesrat nicht mehr weiss, wo die Formulare und Unterlagen sind und sich der Bundesrat an nichts mehr erinnern kann. Die linke Seite weiss nicht was die rechte Seite tut.

Dass die Induktionsschleifen jetzt ersetzt wurden und sich die Situation massiv verbessert hat, ist bemerkbar. Das kann man feststellen. In den Sommermonaten haben in den Tunnels öfters Staus stattgefunden und die Kreuzung am Rheinhof war dermassen blockiert, so dass die Steuerung von einer Person manuell gesteuert werden musste. Es gab Staus bis ins Fäsenstaubtunnel.

Deshalb muss man die Lösung mit dem Kanton suchen. Es geht, wenn man will. Man muss zusammen an den Tisch sitzen, diskutieren und Lösungen suchen.

ER Andreas Neuenschwander (SVP)

Ich gebe dem Gemeindepräsidenten teilweise recht. Einige Fragen konnte er auch beantworten, aber die wichtigste aller Fragen wurde wiederum nicht beantwortet. Es wurde hervorgehoben, dass eine gute Zusammenarbeit mit dem Kanton besteht, das mit dem Kanton Gespräche stattfinden und ein gutes Einvernehmen ist. Das ist schön und gut. Das betrifft vermutlich alles, ausser diese Lichtsignalanlage. Umso wichtiger erachte ich es, dass dieses Postulat hier überwiesen wird und der Druck gegenüber dem Kanton hochgehalten wird. Die zuständigen Personen sollten gemeinsam an einen Tisch sitzen und über diese Lichtsignalanlage diskutieren.

ER Bernhard Koller (EDU)

Ich möchte zu den Aussagen Stellung nehmen, die der Gemeindepräsident gemacht hat. Zuerst muss ich generell sagen, dass ich schockiert bin, wie es möglich ist, im selben Kanton mit den verantwortlichen Leuten zu sprechen und komplett andere Antworten zu erhalten, diametral. Ich sehe das als riesiges Kommunikationsproblem. Wie mein Vorredner bereits erwähnt hat, alle haben zusammen etwas besprochen, aber zum Thema oder Abgleich gab es keine Lösung. Das ist einer der zwei Probleme, die ich hier aufzeigen will. Wir müssen Ordnung schaffen. Wenn die zuständigen Personen keine Lösung finden möchten, dann müssen wir sie vom Einwohnerrat aus zwingen. Es sollte doch möglich sein, dass der Kanton und die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall zusammensitzen, eine Lösung suchen, beide einen gemeinsamen Lösungsansatz finden und gemeinsam das Problem lösen.

Als ich mit dem Tiefbauamt sprach vor dem heutigen Abend, war Gesprächsbereitschaft vorhanden. Da war Kompetenz vorhanden, da waren Argumentationen vorhanden. Dies hat mich sehr positiv gestimmt. Dies zum allgemeinen Eindruck. Nun zu den Details.

Die Sondersteuerungsanlage von TRYBUS war eine spezielle Aktion im Jahr 2012 mit einer Modifikation 2015. Die Anlage war so komplex, weil alles zusammenschaltet werden musste, dass dies nur mit hochspezialisierten Fachleuten durchgeführt werden konnte. Der Kanton erwähnte, dass er diese Anlagen jetzt umstellt und die Software optimiert, aber keine weiteren mehr. Deshalb ist der Kanton bei den einen Anlagen zuständig, für die anderen die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall.

Wenn die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall sagt, dass sie nicht informiert wird, dass die Induktionsschleifen nicht mehr funktionieren, finde ich das komisch. Gemäss Tiefbauamt Schaffhausen wird wöchentlich ein Rapport durchgeführt und die Funktionsweise solcher Induktionsschleifen ist kontrollierbar und dementsprechend bekannt gewesen (seit Oktober 2019



sei bewusst worden, dass diese Induktionsschlaufen defekt seien, aber Neuhausen am Rheinfall hat nichts gemacht).

Der Kanton hat Höhe Quellenstrasse die Fahrzeugmenge gemessen und aufgrund dieser Messungen die Zahlen erfasst.

Es ist Potenzial da, das wir für das Lösen von den Problemen nicht nutzen. Wir sollten dies zum Wohle von Neuhausen am Rheinfall nutzen, für die Einwohner. Packen wir es an.

Wenn dies der Gemeinderat nicht selber will, dann beauftragen wir ihn klipp und klar mit der Annahme dieses Postulats. Danke.

ER Peter Gloor (SP)

Wir werden dieses Postulat ablehnen. Sobald irgendwo ein Tunnel aufgeht, weichen alle auf den Schleichverkehr aus. Jetzt ist es die Warteschlange zur Engestrasse, weil die Induktionsschlaufen nicht in Ordnung waren. Das kann doch mal passieren. Ich frage mich schon, ob ihr eher einem Angestellten der Stadt Glaube schenkt oder unserem Gemeindepräsidenten. Ich glaube in diesem Fall unserem Gemeindepräsidenten. Wenn für die Autofahrer eine Veränderung stattfindet, ist dies meistens nicht gut. Wir sind übereingekommen, dass wir dieses Postulat wirklich ablehnen.

ER Marco Torsello (FDP)

Offenbar liegt in dieser Angelegenheit sehr vieles im Dunkeln. Ich danke dem Gemeindepräsidenten für die sehr informativen und spannenden Ausführungen. Die Umwandlung in eine Interpellation ist vermutlich am sinnvollsten. Was ich mir zusätzlich noch vorstellen könnte, ist die Bildung einer gemeinderätlichen Verkehrskommission. Soviel ich weiss, gab es diese Verkehrskommission einst. Da könnten dann solche Fragen behandelt werden.

Gemeindepräsident Dr. Stephan Rawyler

Der Gemeinderat wäre daran interessiert, dass solch eine Kommission gebildet wird. Das wäre eine gemeinderätliche Kommission. Wir würden diese selbstverständlich einsetzen, wenn in diesem Rat die Mehrheit dies wünscht. Solche Fragen könnten dann in dieser Kommission behandelt werden. Gestützt auf diese gemeinderätliche Kommission könnte der Gemeinderat seine Entscheide fällen. Ich denke da an die flankierenden Massnahmen Engestrasse – Rosenbergstrasse. Da stellen sich viele spannende Themen.

ER-Präsident Peter Fischli (FDP)

Ist dies ein Wunsch, Marco Torsello (FDP), für die Bestellung einer gemeinderätlichen Verkehrskommission?

ER Marco Torsello (FDP)

Das ist ein Wunsch und dieser wird sogar vom Gemeinderat begrüsst.



ER Marcel Stettler (CVP)

Wir haben das Postulat angeschaut, haben es teilweise sogar unterzeichnet und sind für die Überweisung des Postulats an den Gemeinderat. Wir reden immer über die gleiche Lichtsignalanlage und so wie sich der Kanton und der Gemeinderat im Kreise drehen, ist das schon spannend. Habe mir schon überlegt, ob wir die Kantonsverantwortlichen und die Gemeindevertreter auf das Inseli Werth nach Stein am Rhein schicken ins Labyrinth und in der Mitte findet man sich dann für eine zielorientierte Lösung. Der Grund, warum wir dieses Postulat unterstützen ist, dass man an einen Tisch sitzt, die Fakten auf den Tisch legt und zu wirklichen Lösungen kommt. Die Presse sollte aussen vorgelassen werden, damit unser Gemeindepräsident nicht immer angeschwärzt wird. Es muss doch möglich sein, eine Lösung zu finden. Das kann ich nicht verstehen. Jeder schiebt dem anderen den Schwarzen Peter in die Schuhe. Darum sind wir auch der Meinung, dass dieses Postulat überwiesen werden muss. Sollte so eine Verkehrskommission zustanden kommen, wäre das sicher sinnvoll.

ER Urs Hinnen (Grüne Partei Schaffhausen)

Wir von der AL/Grüne-Fraktion sind ganz klar gegen die Überweisung dieses Postulats. Wir denken, da würden wir die Schleusen öffnen. Wenn wir jetzt wieder Schlupflöcher schaffen und dieses Lichtsignal ausschalten, ist das für die flankierenden Massnahmen sehr schlecht. Dieses Signal hat eine gewisse Barrierefunktion. Dieses sollte so bestehen bleiben. Wir müssen nicht wieder neuen Verkehr nach Neuhausen am Rheinfall ziehen. Momentan haben wir eine wirklich viel bessere Situation und möchten nicht wieder mehr Verkehr anziehen. Das wäre unserer Ansicht nach sehr schlecht. An der Kreuzstrasse erlebe ich als Velopendler, dass die Phasen des Signals auch nicht an die neue Situation angepasst wurden. Man wartet teilweise sehr lange, bis das Signal auf grün wechselt. Hier müssten allenfalls auch die Phasen geändert werden und der neuen Situation angepasst werden.

ER Jakob Walter (parteilos)

Eine Präzisierung an den Postulanten, Bernhard Koller (EDU). Bei einer allfälligen Überweisung des Postulats wird der Gemeinderat nicht beauftragt zu verhandeln, sondern um einen Bericht und Antrag zu erstellen. Eine Verkehrskommission gab es einst in der Vergangenheit. Aus verschiedenen Gründen wurde diese dann aufgelöst. Ich hätte nichts gegen eine solche Verkehrskommission, aber wirklich sinnvoll wäre dies nur, wenn wir jetzt mit der Diskussion stoppen und dieses Postulat in der Verkehrskommission weiterdiskutiert wird. Ich bitte den Antragsteller, sich Gedanken dazu zu machen und das Postulat entsprechend zu ergänzen.

ER Marco Torsello (FDP)

Ich halte am Wunsch für eine gemeinderätlichen Verkehrskommission fest.

ER Andreas Neuenschwander (SVP)

Ich spreche zum Wunsch von Marco Torsello (FDP). Wir haben dies auch kurz besprochen. Wir müssen uns einfach bewusst sein, dass dann in Zukunft jeder mit einem Wunsch kommen wird nach einer Kommission. Wir haben vorhin gehört, dass das Verhältnis zwischen dem Kanton und der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall gut ist, ausser bei dieser Lichtsignalanlage. Da ist natürlich die



Verhältnismässigkeit nicht gegeben, hier eine Verkehrskommission einzusetzen, sondern an der Überweisung des Postulats festzuhalten.

ER Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)

Wenn es darum geht dem Tiefbauamt oder dem Gemeinderat zu glauben, dann würde ich empfehlen, dem Gemeinderat zu glauben. Ich finde den Vorschlag das Postulat zu überweisen, aber dann in einer Verkehrskommission zu bearbeiten, ein sehr guter Vorschlag. Wir haben viele Verkehrsprobleme in der Gemeinde und wir diskutieren diese laufend im Einwohnerrat mit den entsprechenden Anfragen. Es wäre wünschenswert, wenn wir von Seiten der Einwohner und des Gemeinderats eine Kommission hätten, die diese Verkehrsprobleme diskutieren könnte. Bei der Lichtsignalanlage bin ich noch auf der Linie des Kantons, aber andere Anlagen sind nicht optimal. Da hat sich der Kanton noch keine Gedanken gemacht, dass die Situation jetzt anders ist. Ich würde vorschlagen, das Postulat zu überweisen und dann schnell eine gemeinderätliche Verkehrskommission einsetzt.

ER Thomas Theiler (parteilos)

Es würde mich freuen, wenn Marco Torsello (FDP) ein Postulat einreichen würde, mit dem Wunsch eine gemeinderätliche Verkehrskommission einzusetzen. Wir beenden jetzt das Postulat von Bernhard Koller (EDU) und dann können wir uns jenem von Marco Torsello (FDP) widmen.

ER-Präsident Peter Fischli (FDP)

Eine Zwischenfrage an den Gemeinderat. Fällt dieser Wunsch auf fruchtbaren Boden? Möchte der Gemeinderat eine Konsultativabstimmung mitnehmen? Wir hatten jetzt mehrere Verkehrsvorlagen und ich teile das Votum von Ernst Schläpfer (parteilos).

ER Arnold Isliker (SVP)

Ich kann mich dem Votum von Ernst Schläpfer (parteilos) anschliessen, wegen der gemeinderätlichen Verkehrskommission. Wenn wir auf Traktandum 3 mit dem Veloverkehr zurückschauen, gibt es auch Probleme, die angegangen werden müssen. Es ist immer die latente Unsicherheit, dass seitens des Kantons keine Bereitschaft für einen Konsens herrscht. Wenn dann die flankierenden Massnahmen von der Klettgauerstrasse bis Schaffhauserstrasse kommen, dann werden noch ein paar Brocken vor uns liegen, die zu schlucken sind.

Urs Hinnen (Grüne Partei Schaffhausen) möchte ich daran erinnern, dass der Schleichverkehr über die Rosenbergstrasse sicher keine Schleichverkehr mehr ist. Wenn der Fäsenstautunnel zu ist, dann sind die Achsen Bachstrasse, Grabenstrasse und Feuerthalen zu. Dann ist in der ganzen Stadt Schaffhausen kein Durchkommen mehr. Dann wird auch die Rosenbergstrasse nicht als Schleichverkehrsachse genutzt werden können. Ich bin überzeugt, es fährt niemand mehr vom Klettgau über die Engestrasse, wenn er in die Stadt will. Diese nehmen alle das Galgenbucktunnel. Diese Strasse wählt man nur, wenn man in die Breite will.

Der Verkehr über die Breite wird zunehmen, wenn der Kistenpass gesperrt wird. Das wird zusätzlichen Verkehr von Beringen generieren.



Gemeindepräsident Dr. Stephan Rawyler

Gestatten Sie mir ein paar Bemerkungen und ich mache Ihnen dann noch einen Lösungsvorschlag. Andreas Neuenschwander (SVP) hat gesagt, dass eine Frage nicht aufgegriffen wurde. Dabei hat er nicht gesagt, welche Frage das ist. So kann ich leider keine Antwort geben.

Richtig ist, was Einwohnerrat Arnold Isliker (SVP) gesagt hat, dass Strassengesetz zu einer Änderung führt. Nicht alle Lichtsignalanlagen sind allerdings auf Kantonsstrassen. Achtung. Das Problem Lichtsignalanlage Engestrasse betrifft uns höchstens noch zwei Jahre.

Seit der Reparatur der Induktionsschleife und weiterer Reparaturarbeiten funktioniert die Anlage anstandslos. Ich habe schon lange keinen Leserbrief mehr gesehen.

2012 an dieser Besprechung waren der damalige Regierungsrat Reto Dubach, Dino Giuliani und ich dabei. Das war eine ziemlich intensive Zeit. Der Kanton hat Massnahmen ans Strassengesetz angedroht und diese lagen bereits auf dem Pult des damaligen Regierungsrats. Das war dann der Kompromiss. Wir haben jetzt noch Differenzen aber ich denke, da finden wir uns. Die Differenz ist noch, wer bezahlt die Änderungen, ist das noch die TRIBUS Massnahme oder nicht. Da sprechen wir nur noch über zwei Jahren und finden sicher eine Lösung mit dem Regierungsrat Martin Kessler.

Mein Lösungsvorschlag:

1. Der Postulant ändert sein Postulat dahingehend, dass der Gemeinderat zu verpflichten sei, eine Verkehrskommission einzusetzen.
2. Ich habe mit meiner Kollegin und meinen Kollegen Rücksprache genommen, wir machen das. Wir werden spätestens am Montag die Briefe verschicken an Ihre Parteien, ACS, TCS, VCS, Pro Velo und die Verkehrsbetriebe. Wir machen diese Verkehrskommission.
3. Sie sagen heute, dass das Postulat erledigt ist, ohne dass wir einen Bericht und Antrag schreiben müssen. Wir machen diese Verkehrskommission.

So hat der Postulant Erfolg gehabt mit seinem Vorstoss und zwar dauerhaft. Wir würden diese Verkehrskommission einsetzen und das Postulat zugleich als erledigt abschreiben. Das wäre mein Vorschlag.

ER Andreas Neuenschwander (SVP)

Ich wurde direkt vom Gemeindepräsidenten angesprochen, weshalb ich nun darauf reagieren möchte. Die einzelnen Punkte wurden bis auf zwei Punkte abgehandelt. Nicht abgehandelt wurden die Punkte a) und b) des Postulats. Deshalb kann man dieses Postulat nicht in eine Interpellation umwandeln.

ER-Präsident Peter Fischli (FDP)

Ist der Postulant bereit, sein Postulat entsprechend dem Lösungsvorschlag vom Gemeindepräsidenten umzusetzen?

Ich bitte den Postulanten das Postulat, so wie er es jetzt formulieren will, mit seiner Absicht und dem Lösungsvorschlag, vorzutragen.

ER Bernhard Koller (EDU)

Wir würden gerne folgenden Weg gehen:

1. Das Postulat zur Abstimmung bringen.
2. In der Folge davon würden wir es begrüßen, wenn eine gemeinderätliche Verkehrskommission gebildet wird und dieses Postulat als erstes in dieser Kommission behandelt wird.

ER Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)

Ich würde dem Postulanten empfehlen, dass man anschliessend das Postulat direkt abschreibt. Überweisen, Verkehrskommission einsetzen und das Postulat abschreiben. Dann muss der Gemeinderat keinen Bericht schreiben, sondern dies findet dann in der Verkehrskommission statt.

ER-Präsident Peter Fischli (FDP)

Ist der Postulant damit einverstanden?

ER Bernhard Koller (EDU)

Ja, ich bin damit einverstanden, wenn die Aufgaben aus dem Postulat in der Verkehrskommission aufgearbeitet werden und die erkannten Probleme gelöst werden können.

Gemeindepräsident Dr. Stephan Rawyler

Dieses Vorgehen ist etwas heikel, aber Sie sind ja Herr dieser Geschäfte. Das dürfen Sie so machen. Der Gemeinderat kann auch mit folgender Lösung leben: Das Postulat wird überwiesen, wir setzen die gemeinderätliche Verkehrskommission ein und das Postulat wird sogleich wieder abgeschrieben.

ER-Präsident Peter Fischli (FDP)

Die Wortmeldungen haben sich nun erschöpft. Wir stimmen also ab.

Im Laufe der Diskussion wird der Postulatstext vom Postulanten wie folgt abgeändert:

"Der Gemeinderat wird verpflichtet, eine gemeinderätliche Verkehrskommission einzusetzen."

Das abgeänderte Postulat wird mit 17 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung an den Gemeinderat überwiesen.

Anschliessend wird das Postulat mit 18 : 0 Stimmen einstimmig direkt abgeschrieben, mit dem Wunsch an den Gemeinderat, eine gemeinderätliche Verkehrskommission einzusetzen und die Fragen dieses Postulats in diesem Gremium zu beraten.

Das Geschäft ist somit erledigt.



Gemeindepräsident Dr. Stephan Rawyler

Ich möchte dem Einwohnerrat für diesen unbürokratischen Weg danken. Wir sind uns einige, dass wir in Neuhausen am Rheinfall genügend Verkehrsprobleme haben. Die Verkehrskommission wird Arbeit haben. Besten Dank.

ER-Präsident Peter Fischli (FDP)

Wie zum Anfang der Sitzung geäußert, komme ich auf meinen vorbehaltenen Entschluss zurück. Die nächste Sitzung wird infolge einer kurzen Traktandenliste ausfallen. Somit treffen wir uns erst zur nächsten ordentlichen Einwohnerratssitzung am Donnerstag, 14. Mai 2020. Der Monat April ist also ohne Einwohnerratssitzung.

Jetzt noch etwas sehr Wichtiges. It's time to say goodbye! Es ist Zeit für die Verabschiedung unserer sehr geschätzten Aktuarin, Sandra Ehrat. Sie wird künftig vermehrt die Protokolle anderer Gremien schreiben und uns nach mehr als vier Legislaturen, das ist noch Treue gegenüber dem Arbeitgeber, verlassen. Vielen Dank für die vielen Jahre im Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall.

Ich bedanke mich für das aktive Mitmachen und wünsche allen einen schönen Abend. Die Sitzung ist somit geschlossen.

Für den Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall

Peter Fischli
Präsident

Sandra Ehrat
Aktuarin